

**N I E D E R S C H R I F T**

(öffentlicher Teil)

**3. Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den
"Kurbetrieb Travemünde (KBT)"**

Sitzungstermin:	Montag, 12.11.2018	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:20 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordor Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ulrich Krause- CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Bernhard Simon- CDU		
Birte Duggen- SPD		abwesend zu TOP 6
Dr. Axel Flasbarth- SPD		
Anka Grädner- Bü90/DIEGRÜNEN		
Peter Reinhardt- SPD		
Heike Wiechmann- Die Unabhängigen		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Rüdiger Longuet- CDU		Vertretung für: Herrn Dr. Eymer
Dr. Klaus Peter Krause- AfD		
Carsten Bornhöft- Bü90/DIEGRÜNEN		Vertretung für: Herrn Schaaßberg
Christoph Evers- SPD		
Lars Küther- Bündnis90/DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Hoge
Hans-Jürgen Martens- Die Linke		Vertretung für: Herrn Ising
Kim Carolin Nehrhoff- FDP		
Ingo Voht- FREIE WÄHLER & GAL		Vertretung für: Herrn Klix

Verwaltung	
Katharina Belchhaus- 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Dennis Bössow- 1.201 Haushalt und Steuerung	bis einschl. TOP 5.6.
Piroska Csösz- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Conja Grau- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Uwe Kirchhoff- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Marina Köhn- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Ralf Kuschmierz- 2.020 Fachbereichscontrolling	
Senator Sven Schindler- FB 2 Wirtschaft und Soziales	
Christian Stolte- 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Protokollführung	
Heike Blankenburg- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Gäste	
Dario Arndt- Wirtschaftsförderung LÜBECK GmbH	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Dirk Gerdes- Wirtschaftsförderung LÜBECK GmbH	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Olivia Kempke- Lübeck Management e.V.	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Beiratsmitglieder	
Christian Bauersachs- Seniorenbeirat	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)

Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Burkhardt Eymer- CDU	abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nele Hoge- Bü90/DIEGRÜNEN	abwesend
Sebastian Kai Ising- Die Linke	abwesend
Harald Klix- FREIE WÄHLER & GAL	abwesend
Claus Schaafberg- Bü90/DIEGRÜNEN	abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
1.1.	Verpflichtung von nicht der Bürgerschaft angehörenden Ausschussmitgliedern
1.2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.3.	Anträge und Beschlüsse zur Tagesordnung
2.	Niederschrift Nr. 2 vom 10.09.2018 - öffentlicher Teil
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Einzelhandelsentwicklung
3.2.	Mitteilungen der Verwaltung
3.3.	WiA & KBT-A - Sitzungstermine 2019
3.4.	Anfrage von AM Heike Wiechmann: Zweite Zufahrt nach Travemünde Vorlage: VO/2018/06394
3.5.	AM Schaffenberg (SPD): Bootshaus Drägerpark Vorlage: VO/2018/06490
3.6.	Anfrage der Ausschussmitglieder Anka Grädner und Nele Hoge (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) bzgl.: sog. Unkrautbekämpfung auf der Wallhalbinsel Vorlage: VO/2018/06619
3.7.	Anfrage des AM Kim Nehrhoff FDP zu Wochenmärkten Vorlage: VO/2018/06682
3.8.	Neue Anfragen
3.8.1.	Anfrage AM Sebastian Kai Ising – Entwicklung von Nahversorgern in Stadtteilen Vorlage: VO/2018/06697
4.	Berichte
4.1.	Fortschreibung Einzelhandelsmonitoring für die Lübecker Innenstadt - Einzelhandelsentwicklung zwischen 2009 bis 2018 (5.610) Vorlage: VO/2018/06508
4.2.	Bericht der Wirtschaftsförderung Lübeck zum Thema Standortmarketing 2018 und Maßnahmenübersicht

5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Festlegung des Vermarktungskonzepts Teilbereich II für den Geschosswohnungsbau im Neubaugebiet B-Plan - 07.44.00 - Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier Vorlage: VO/2018/06550
5.2.	Entgeltordnung für den Wohnmobilparkplatz des Kurbetriebs Travemünde Vorlage: VO/2018/06614
5.3.	Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: VO/2018/06418
5.4.	Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2017 Vorlage: VO/2018/06309
5.5.	Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2018/06629
5.6.	Haushalt 2019 Vorlage: VO/2018/06466
5.7.	Palais Rantzau Vorlage: VO/2018/06627
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	Kurswechsel in der Wohnungspolitik Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018 Interfraktioneller Antrag BÜ90/Die Grünen & Die Linke - VO/2018/06504 (AT zu VO/2018/06477) Vorlage: VO/2018/06566
6.2.	Kurswechsel in der Wohnungspolitik Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018 Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler & GAL - VO/2018/06513 Vorlage: VO/2018/06567
6.3.	Kurswechsel in der Wohnungspolitik Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018 Änderungsantrag der Fraktion Die Unabhängigen - VO/2018/06527 Vorlage: VO/2018/06568
6.4.	Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27.09.2018 - TOP 5.15 Antrag der CDU-Fraktion - VO/2017/06511: Klare Regelung für den Grünstrand Vorlage: VO/2018/06664

7.	Verschiedenes
12.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und Ausschusses für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“, den Seniorenbeirat, die Öffentlichkeit, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die sonstigen anwesenden Gäste.

zu 1.1 Verpflichtung von nicht der Bürgerschaft angehörenden Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende bittet die Anwesenden aufzustehen und nimmt die Verpflichtung des Ausschussmitgliedes Dr. Klaus Peter Krause und der stellvertretenden Ausschussmitglieder Lars Küther und Ingo Voth vor.

„Ich verpflichte Sie gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie in Ihr Amt ein.“

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest. Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

zu 1.3 Anträge und Beschlüsse zur Tagesordnung

Es werden folgende Änderungsanträge zur Tagesordnung gestellt:

a) Gemeinsame Behandlung der TOP

6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

6.1. Kurswechsel in der Wohnungspolitik

Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018

Interfraktioneller Antrag BÜ90/Die Grünen & Die Linke - VO/2018/06504

VO/2018/06566

6.2. Kurswechsel in der Wohnungspolitik

Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018

Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler & GAL - VO/2018/06513

VO/2018/06567

6.3. Kurswechsel in der Wohnungspolitik

Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Unabhängigen - VO/2018/06527

VO/2018/06568

b) Vertagung des TOP

3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen

3.4. Anfrage von AM Heike Wiechmann:
Zweite Zufahrt nach Travemünde
VO/2018/06394

bis zur Vorlage des Verkehrskonzeptes Travemünde.

c) Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um den TOP

4. Berichte

4.2. „Bericht der Wirtschaftsförderung Lübeck zum Thema
Standortmarketing 2018 und Maßnahmenübersicht“
mündlich durch Wirtschaftsförderung LÜBECK GmbH

d) Behandlung des TOP

10. Beschlussvorlagen

10.1. Palais Rantzau
VO/2018/06627

im öffentlichen Teil unter TOP

5. Beschlussvorlagen

5.7. Palais Rantzau
VO/2018/06627

e) Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über das Verfahren zu den Tagesordnungspunkten, die für den nicht öffentlichen Teil vorgesehen sind.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt einstimmig,
(15 Ja-Stimmen)*

*die TOP 6.1., 6.2. und 6.3.
gemeinsam zu behandeln,*

*den TOP 3.4. bis zur Vorlage
des Verkehrskonzeptes Travemünde
zurückzustellen,*

*die Tagesordnung
im Wege der Dringlichkeit
um TOP 4.2. zu erweitern,*

*und den TOP 10.1. im
öffentlichen Teil zu behandeln.*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte
8. bis 11. im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.
(15 Ja-Stimmen)*

zu 2 Niederschrift Nr. 2 vom 10.09.2018 - öffentlicher Teil

Gegen die Niederschrift sind schriftlich keine Einwendungen eingegangen, mündlich werden keine erhoben.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt die Niederschrift in der vorgelegten
Fassung zur Kenntnis.*

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Einzelhandelsentwicklung

Es liegt nichts vor.

zu 3.2 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegt nichts vor.

zu 3.3 WiA & KBT-A - Sitzungstermine 2019

Es gibt keine Wortmeldungen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
nimmt die Übersicht der Sitzungstermine 2019
zur Kenntnis.*

**zu 3.4 Anfrage von AM Heike Wiechmann: Zweite Zufahrt nach Travemünde
Vorlage: VO/2018/06394**

*Die Anfrage wurde bei Eintritt in die Tagesordnung
bis zum Vorliegen des Verkehrskonzeptes Travemünde vertagt.*

**zu 3.5 AM Schaffenberg (SPD): Bootshaus Drägerpark
Vorlage: VO/2018/06490**

Frau Duggen teilt mit, dass die Anfrage zuständigkeitshalber im Bauausschuss behandelt werden soll.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 3.6	Anfrage der Ausschussmitglieder Anka Grädner und Nele Hoge (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) bzgl.: sog. Unkrautsbekämpfung auf der Wallhalbinsel Vorlage: VO/2018/06619
---------------	---

Herr Senator Schindler teilt mit, dass ihm derzeit nur unvollständige Informationen zum Thema vorliegen und bittet um Vertagung auf die nächste Sitzung. Frau Grädner bittet um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt einstimmig, die Anfrage auf die
nächste Sitzung zu vertagen.*

zu 3.7	Anfrage des AM Kim Nehrhoff FDP zu Wochenmärkten Vorlage: VO/2018/06682
---------------	--

Herr Senator Schindler kündigt einen schriftlichen Bericht zu diesem Thema an. Dieser sollte dem Ausschuss in seiner Januar-Sitzung 2019 vorliegen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 3.8	Neue Anfragen
---------------	----------------------

zu 3.8.1	Anfrage AM Sebastian Kai Ising - Entwicklung von Nahversorgern in Stadtteilen Vorlage: VO/2018/06697
-----------------	---

Herr Dr. Flasbarth weist darauf hin, dass die Bauverwaltung für die Thematik zuständig ist, wünscht jedoch eine Diskussion im Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)". Herr Stolte verweist auf das Nahversorgungskonzept, welches auch eine Übersicht der Standorte enthält. Er weist weiter darauf hin, dass die Verwaltung nicht in die wirtschaftliche Betätigung der Unternehmen eingreifen kann. Eine Frage von Frau Grädner zum Nahversorgungskonzept wird von Herrn Stolte beantwortet. An einer weiteren Diskussion zum Thema beteiligen sich die Herren Martens, Cladow, Stolte und Reinhardt. Frau Grädner möchte wissen, welche Maßnahmen zur Steuerung der wirtschaftlichen Tätigkeit möglich sind. Hierzu spricht Herr Krause. Herr Senator Schindler weist darauf hin, dass eine Steuerung der wirtschaftlichen Betätigung lediglich über das Baurecht erfolgen kann. Hierzu spricht Herr Dr. Krause. Herr Küther führt als weiteres Problem für die Einzelhandelbetriebe den Internethandel an. Herr Martens bittet darum, dass der Bereich Stadtplanung und Bauordnung eine schriftliche Antwort auf die Anfrage vorlegen möge.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Fortschreibung Einzelhandelsmonitoring für die Lübecker Innenstadt - Einzelhandelsentwicklung zwischen 2009 bis 2018 (5.610) Vorlage: VO/2018/06508
---------------	--

Frau Belchhaus stellt dem Ausschuss die Fortschreibung des Einzelhandelsmonitoring für die Lübecker Innenstadt/Einzelhandelsentwicklung zwischen 2009 und 2018 anhand einer Präsentation (Anlage I) vor.

Frau Wiechmann fragt nach den Gründen für die stetige Erhöhung der Verkaufsflächen außerhalb der Innenstadt. Hierzu sprechen Herr Krause, Herr Martens und Herr Küther. Herr Dr. Flasbarth verweist auf ein Gutachten der Wirtschaftsförderung zur Entwicklung der Mieten und bittet darum, diese Zahlen mit denen des Bereichs Stadtplanung zusammenzufügen. Herr Arndt spricht zu den von der Wirtschaftsförderung ermittelten Zahlen. Herr Simon verweist auf eine Veränderung des Verbraucherverhaltens hinsichtlich des zunehmenden Onlinehandels. Auch muss die Erreichbarkeit der Innenstadt kritisch betrachtet werden. Weiterhin spricht Herr Dr. Flasbarth. Eine Frage zur Definition des zentrumsnahen Sortiments beantwortet Frau Belchhaus. Weiterhin sprechen Frau Wiechmann, Frau Grädner und Herr Krause. Herr Simon macht deutlich, dass der Innenstadthandel für ihn einen hohen Stellenwert hat, dieser sich jedoch auch dem Wettbewerb stellen muss. Herr Reinhard fragt nach Flächenangaben zu Filialisten außerhalb der Innenstadt und der großen Einkaufszentren, z. B. Kik, Takko etc. und regt an, diese bei zukünftigen Aufstellungen zu berücksichtigen.

Herr Krause schlägt vor, die Thematik in den Fraktionen weiter zu diskutieren. Frau Kemke weist abschließend darauf hin, dass die Mieten für Geschäftsräume in der Innenstadt in der letzten Zeit deutlich gesunken sind und deshalb nicht allein für die Leerstände verantwortlich zu machen sind. Wichtig ist aus ihrer Sicht auch eine gesunde Gemengelage von kleinen individuellen Läden und Filialisten. Es sollte eine zentrale Datenerhebung von Stadtplanung und Wirtschaftsförderung angestrebt werden.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

zu 4.2	Bericht der Wirtschaftsförderung Lübeck zum Thema Standortmarketing 2018 und Maßnahmenübersicht
---------------	--

Herr Arndt berichtet anhand einer Präsentation zum Thema Standortmarketing 2018 und Maßnahmenübersicht (Anlage II).

Eine Frage von Frau Grädner zur nachhaltigen Ansiedlung von Firmen beantwortet Herr Arndt.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.*

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Festlegung des Vermarktungskonzepts Teilbereich II für den Geschosswohnungsbau im Neubaugebiet B-Plan - 07.44.00 - Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier Vorlage: VO/2018/06550
---------------	--

Herr Dr. Flasbarth fragt nach den Vergabekriterien. Frau Csösz gibt hierzu Erläuterungen. Die Kriterien werden von KWL und Verwaltung festgelegt. Eine Frage von Frau Grädner zum Benennungs- und Besetzungsrecht wird von Frau Csösz beantwortet.

Frau Wiechmann kritisiert die Unterteilung in nur 3 Lose und vertritt die Auffassung, dass zumindest ein Los weiter unterteilt werden sollte, um auch für kleinere Interessentengruppen geeignet zu sein. Herr Senator Schindler und Herr Gerdes geben hierzu Erläuterungen. Weil zu 100 % Mietwohnungen entstehen sollen, sind die Flächen nur für große Wohnungsunternehmen geeignet. Auch die weitere Unterteilung eines Loses wäre für eine private Interessengruppe noch viel zu groß.

Beschlussvorschlag:

Für das Neubaugebiet in Lübeck, Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier wird das als Anlage 1 beigefügte Vermarktungskonzept Teilbereich II der KWL GmbH zur Vergabe der im Bebauungsplan 07.44.00 ausgewiesenen Grundstücke des Geschosswohnungsbaus festgelegt.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(13 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)*

zu 5.2	Entgeltordnung für den Wohnmobilparkplatz des Kurbetriebs Travemünde Vorlage: VO/2018/06614
---------------	--

Eine Frage von Frau Duggen nach dem ihrer Meinung nach sehr günstigen Entgelt wird von Herrn Kirchhoff beantwortet. Der Entgeltfestsetzung muss eine Kostenkalkulation zu Grunde liegen. Diese wird aus Anlass der Schaffung eines weiteren Wohnmobilparkplatzes am Kowitzberg im Jahr 2019 aktualisiert und das Entgelt dann entsprechend angepasst.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage I beigefügte 3. Änderung der Entgeltordnung für den Wohnmobilparkplatz des Kurbetriebs Travemünde wird beschlossen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltungen)*

zu 5.3 Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: VO/2018/06418

Frau Wiechmann stellt die Frage, ob eine Übergabe der Stiftungsverwaltung an Dritte für die Hansestadt Lübeck wirtschaftlich wäre. Herr Senator Schindler spricht zur Finanzlage der Stiftungen. Diese gestaltet sich aufgrund der derzeitigen Zinslage schwierig. Fragen von Herrn Bornhöft und Frau Grädner werden von Herrn Senator Schindler beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das **Haushaltsjahr 2019** wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.037.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.170.100	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	133.000	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.022.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	779.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	9.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	29.500	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

2. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	257.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	352.200	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	94.500	EUR

2.	im Finanzplan mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	257.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	352.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.800	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

3. für die Westerauer Stiftung

I.

1.	im Ergebnisplan mit einem Gesamtbetrag der Erträge auf	13.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	14.800	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	1.300	EUR
2.	im Finanzplan mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	13.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	14.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

4. für die Stiftung Kriegsoferdank

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	567.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	574.000	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	6.800	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	566.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	482.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	158.000	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

5. für die Stiftung Lübecker Wohnstifte

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	285.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	653.000	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	367.800	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	285.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	542.300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	24.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	524.600	EUR

II.

- | | | |
|---|---|-----|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

6. für die Stiftung Vereinigte Testamente

I.

- | | | |
|--|-----------|-----|
| 1. im Ergebnisplan mit | | |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 1.853.200 | EUR |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 2.067.100 | EUR |
| einen Jahresüberschuss von | 0 | EUR |
| einen Jahresfehlbetrag von | 213.900 | EUR |
| 2. im Finanzplan mit | | |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.853.200 | EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.726.800 | EUR |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 842.000 | EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 1.289.600 | EUR |

II.

- | | | |
|---|---|-----|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(13 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

zu 5.4 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2017 Vorlage: VO/2018/06309

Herr Kirchhoff gibt Erläuterungen zur Vorlage. Fragen von Herrn Küther und Herrn Dr. Flasbarth werden von Herrn Kirchhoff und Frau Köhn beantwortet.

Frau Wiechmann teilt mit, dass ihr in der Vorlage einige ihrer Ansicht nach fehlerhafte Angaben aufgefallen sind. Sie wird diese dem KBT schriftlich zur Prüfung aufgeben, so dass im morgigen Hauptausschuss eine Erläuterung bzw. Richtigstellung durch den KBT erfolgen kann. Die Vorlage sollte daher ohne Votum weitergeleitet werden. Die Erläuterungen des KBT werden dem Protokoll beigelegt (Anlage III).

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss des Kurbetriebes Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2017 wird gemäß Anlage festgestellt :

Es betragen	
die Bilanzsumme	12.507.638,26 €
die Erträge	2.787.751,29 €
die Aufwendungen	3.986.877,60 €
der Jahresverlust	-1.199.126,31 €
Verrechnung mit Vortrag aus 2011	1.199.126,31 €
Verlustaussgleich der Hansestadt Lübeck	0,00 €

2. Der ausgewiesene Jahresverlust in Höhe von 1.199.126,31 € wird mit dem finanziellen Vortrag aus dem Jahr 2011 verrechnet.
3. Eine Grundstücksfläche mit einem Gesamtbuchwert in Höhe von 2.453,00 € wird aus dem Anlagevermögen entnommen.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Vorlage ohne
Votum zur Kenntnis zu nehmen.
(15 Ja-Stimmen)

zu 5.5 Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2018/06629

Herr Kirchhoff erläutert die Entwicklung der Kurabgabe anhand einer Präsentation (Anlage IV). Fragen von Herrn Dr. Flasbarth und Frau Grädner zur Kurabgabe werden von Herrn Kirchhoff beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2019 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan		
die Erträge	Euro	2.977.000
die Aufwendungen	Euro	4.077.000
die Verlustzuweisung	Euro	1.100.000
1.2 Im Vermögensplan		
die Einzahlungen	Euro	2.565.000
die Auszahlungen	Euro	2.565.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite
für Investitionsförderungs-
maßnahme auf

Euro 0

2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen auf

Euro 0

2.3 der Höchstbetrag der
Kassenkredite auf

Euro 740.000

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(2 Enthaltungen)

zu 5.6 Haushalt 2019 Vorlage: VO/2018/06466

Herr Reinhardt fragt nach der Nachmeldeliste mit Bezug auf die für die Wirtschaftsförderung erforderliche Aufstockung des Zuschusses zur Umsetzung des soeben vorgestellten Masterplans. Herr Bössow teilt mit, die Aufstockung sei als Nachmeldung vorgesehen. Die konkrete Nachmeldeliste befinde sich aktuell jedoch noch in der verwaltungsinternen Abstimmung und werde zum Hauptausschuss vor der Bürgerschaft bereitgestellt. Herr Dr. Flasbarth stellt eine Frage zur Größenordnung der Nachmeldeliste. Herr Bössow kann hierzu noch keine genauen Angaben machen, teilt jedoch mit, dass der investive Teil voraussichtlich unter 1 Mio. €, der konsumtive Teil unter 5 Mio. € liegen werde. Weiterhin sprechen Frau Grädner und Herr Krause.

Beschlussvorschlag:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan Anlage 1
inkl. der investiven Ein- und Auszahlungen und Finanzierungstätigkeiten Anlage 2
einschl. Nachmeldungen Anlage 2
wird beschlossen.
2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Anla-
Maßnahmenlisten der Fachbereiche ge 3
korrespondierend mit den **Budgetübersichten** Anla-
ge 4
werden zur Kenntnis genommen.
Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2019 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
3. Ergänzend werden die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein zu schließenden Konsolidierungsvertrag Anlage 8
beschlossen.
4. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	843.240.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	851.121.400	EUR
	einen Jahresüberschuss von		
	einen Jahres fehlbetrag von	7.881.000	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	818.233.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	819.552.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	120.360.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	169.881.200	EUR

festgesetzt.

(Stand: 19.11.2018)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	66.272.800	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	67.550.000	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	390.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.562,94	

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbesteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2019 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

4. Stellenplan

Der Stellenplan 2018 (3.398,81 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2019 um die sich aus der Anlage 5 ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019** festgesetzt: **3562,94 Planstellen.**

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(4 Enthaltungen)

zu 5.7 Palais Rantzau Vorlage: VO/2018/06627

Fragen von Herrn Bornhöft und Frau Grädner zur vorzeitigen Aufhebung des Mietvertrages beantwortet Frau Csösz. Eigentümerin des Gebäudes ist die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Die Hansestadt Lübeck ist lediglich Mieterin und hat das Gebäude an die Stiftung Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) untervermietet. Für eine etwaige städtische Nutzung (z. B. für Büroräume) ist das Gebäude baulich nicht geeignet. Weiterhin sprechen Herr Krause und Frau Grädner. Herr Senator Schindler ergänzt, dass die Eigentümerin des Gebäudes die weitere Nutzung der Räume für Zwecke des SHMF ausdrücklich wünscht. Weiterhin sprechen Herr Reinhardt und Frau Wiechmann.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, den bis 30.04.2020 bestehenden Mietvertrag für das Palais Rantzau vorzeitig aufzuheben.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(15 Ja-Stimmen)

zu 6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 6.1	Kurswechsel in der Wohnungspolitik Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018 Interfraktioneller Antrag BÜ90/Die Grünen & Die Linke - VO/2018/06504 (AT zu VO/2018/06477) Vorlage: VO/2018/06566
---------------	--

Es gibt keine Wortmeldungen.

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen,

- 1) *Alle Neuplanungen von Wohngebieten werden in den kommenden drei Jahren im Rahmen von B-Plänen ausschließlich mit Geschosswohnungsbau realisiert. Dabei sollen Gebiete, die mehr Geschosswohnungsbau vorsehen vom Bürgermeister mit Priorität umgesetzt werden.*

Die sich bereits in Planung befindlichen Projekte der KWL am Bornkamp / Schärenweg (09.13.00) sowie am Waldsaum (06.12.00) sollen in 100% geförderten Geschosswohnungsbau umgeplant werden.

Über die Fortschritte der Umplanung und Bebauung ist der Bürgerschaft regelmäßig zu berichten.

- 2) *Die Quote für Sozialwohnungen von 30% wird strikter angewendet und auf alle Wohneinheiten in einem Baugebiet bezogen. Es werden keine Bauvorhaben von privaten Investoren auf von der Stadt verkauften Grundstücken bewilligt, wenn sie im Bebauungsplan nicht 30% Wohnungen für sozialen Wohnungsbau vorsehen.*
- 3) *Lehrstehende Wohnungen, die aus der Sozialbindung gefallen sind, sollen über vertragliche Absprachen mit den Eigentümer*innen innerhalb der kommenden drei Jahre wieder in die Sozialbindung zurückgeholt werden.*
- 4) *Der Bürgermeister setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass die Bindungsfristen für Sozialwohnungen verlängert werden können.*
- 5) *Darüber hinaus wird der Bürgermeister beauftragt zu prüfen, ob und wie in der Stadt Lübeck auf geplanten bzw. bereits gewerblich genutzten Handelsimmobilien zusätzlich Wohnraum geschaffen werden kann. Erfahrungen mit entsprechenden Vorhaben in anderen Städten sind hierbei zu berücksichtigen. Dazu soll das Gespräch mit den Betreibern gesucht werden, um gemeinsame Lösungen und Unterstützungsmöglichkeiten zu klären. Zusätzlich dazu wird der Bürgermeister beauftragt zu prüfen, inwieweit einfache und schnelle Methoden zur Wohnraumschaffung auf Zeit nutzbar gemacht werden können. Das Pommernzentrum sowie das Eltern-Kind-Zentrum Lübeck können hierfür als Beispiele dienen.*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt dem Bauausschuss mehrheitlich,
der Bürgerschaft zu empfehlen,
den Antrag abzulehnen.
(5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)*

zu 6.2 Kurswechsel in der Wohnungspolitik
Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018
Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler & GAL - VO/2018/06513
Vorlage: VO/2018/06567

Es gibt keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag:

Der Punkt 2 des Antrages wird wie folgt geändert (Änderungen unterstrichen):

2. 2. Die Quote für Sozialwohnungen von 30 Prozent wird strikter angewendet und auf die Bruttogeschossfläche in einem Baugebiet bezogen. Es werden keine Bauvorhaben von privaten Investoren auf von der Stadt verkauften Grundstücken bewilligt, wenn sie im Bebauungsplan nicht mindestens 30 Prozent Wohnungen für sozialen Wohnungsbau vorsehen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt dem Bauausschuss mehrheitlich,
der Bürgerschaft zu empfehlen,
den Antrag abzulehnen.
(3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 4 Enthaltung)*

zu 6.3 Kurswechsel in der Wohnungspolitik
Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018
Änderungsantrag der Fraktion Die Unabhängigen - VO/2018/06527
Vorlage: VO/2018/06568

Es gibt keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag:

Punkt 1 der Vorlage VO/2018/06504 wird gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

- 1) *Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in neu zu entwickelnden Wohngebieten ist sicherzustellen, dass neben der Sozialbauquote weitere 30% für Geschosswohnungsbau für preisgünstige Mietwohnungen (8,-€/qm) vorgesehen werden. Dabei sollen Gebiete, die diesem Anspruch genügen, vom Bürgermeister mit Priorität umgesetzt werden.*

Die sich bereits in Planung befindlichen Projekte der KWL am Bornkamp/Schärenweg (09.13.00) sowie am Waldsaum (06.12.00) sollen in 100% geförderten Geschosswohnungsbau umgeplant werden.

Über die Fortschritte der Umplanung und Bebauung ist der Bürgerschaft regelmäßig zu berichten.

Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Bauausschuss im Januar 2019 zu berichten, welche städtischen Bauflächen von der Stadt selbst durch ihre Grundstücksgesellschaft Trave innerhalb der nächsten drei Jahre erschlossen werden könnten und welche Grundstücke in geplanten Wohngebieten für Bauvorhaben der Trave in Betracht kämen. Darüber hinaus ist zu berichten, welche städtischen Bauflächen durch die KWL innerhalb der nächsten drei Jahre erschlossen werden könnten, um vollerschlossene Baugrundstücke an private Bauherren, Bauträger oder Investoren veräußern zu können.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt dem Bauausschuss mehrheitlich,
der Bürgerschaft zu empfehlen,
den Antrag abzulehnen.
(1 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 5 Enthaltung)

zu 6.4 Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27.09.2018 - TOP 5.15 Antrag der CDU-Fraktion - VO/2017/06511: Klare Regelung für den Grünstrand Vorlage: VO/2018/06664

Herr Senator Schindler schlägt die Vertagung bis zum Vorliegen einer Empfehlung des FB 2 im Januar 2019 vor.

Antrag:

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert den Bürgermeister auf, bis zum November des laufenden Jahres Eckpunkte für ein Konzept mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Grünstrand in Travemünde vorzulegen.

Diese ist in der laufenden Saison dadurch gekennzeichnet, dass auf dem Grünstrand zuletzt häufiger Gruppen dadurch auffallen,

*dass gegrillt wird und / oder Zelte errichtet werden,
dabei anfallender Müll einfach liegengelassen wird,
Passanten und Gäste angrenzender Gastronomie-Betriebe bepöbelt und bedroht werden.*

Dem ist entgegenzuwirken.

Es wird darum gebeten,

- 1) an der Aufstellung des Konzeptes mindestens den Kurbetrieb, das Ordnungsamt und das Polizeirevier in Travemünde zu beteiligen.*
- 2) zu prüfen, ob die Erarbeitung und der Erlass einer eigenen Grünstrand-Satzung erforderlich und geeignet ist, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf der den beschriebenen Mißständen abgeholfen werden kann.*
- 3) zu prüfen, ob im Zusammenhang damit auch die bestehende Strandsatzung anzupassen ist.*

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Überweisung
auf die Sitzung im Januar zu vertagen.
(14 Ja-Stimmen)

zu 7 Verschiedenes
--

Es liegt nichts vor.

Mehrere Ausschussmitglieder haben seit ca. 19.00 Uhr keinen Zugriff mehr auf ALLRIS und können daher ihre Sitzungsunterlagen nicht mehr einsehen.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit darum, den Sitzungssaal zu verlassen und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

zu 12 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nicht öffentlichen Teil neunundzwanzig Beschlussvorlagen behandelt worden sind und schließt die Sitzung.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

Lübeck, den 28. November 2018

gez. Ulrich Krause

Ulrich Krause
Vorsitzende/r

gez. Heike Blankenburg

Heike Blankenburg
Protokollführung

Hansestadt LÜBECK

Fortschreibung Einzelhandelsmonitoring für die Lübecker Innenstadt von 2009 bis 2018

Bereich Stadtplanung und Bauordnung, November 2018



Entwicklung des innenstadtrelevanten Einzelhandels am Stadtrand

1974

B-Plan südlich Padelügger Weg mit Festsetzung Gewerbegebiet

bis 1994

CB-Modemarkt und CITTI-Verbrauchermarkt mit Elektro- und Spielwarenmarkt

1994

Prisma-Institut: Einzelhandelsentwicklungskonzept

1996

Beschluss: An nicht integrierten Standorten darf **nur nicht-zentrenrelevanter Einzelhandel** angesiedelt werden → FNP- und B-Planänderungen

1998

B-Plan setzt Bestand fest: CITTI max. **14.300 qm** VK, CB-Mode max. **2.700 qm** VK



Entwicklung des innenstadtrelevanten Einzelhandels am Stadtrand

2002

B-Plan: für CITTI wird die Verkaufsfläche um 2.000 qm erhöht
= **16.300 qm VK**

2002

B-Plan: für CITTI wird die Verkaufsfläche um 3.000 qm erhöht
= **20.000 qm VK**

2002

B-Plan: für Decathlon **4.000 qm VK** (nördl. Paddelügger Weg)

2003

B-Plan: für CB-Mode wird die Verkaufsfläche um 1.800 qm erhöht
= **4.500 qm VK**



Entwicklung des innenstadtrelevanten Einzelhandels am Stadtrand

2004

B-Plan: für CITTI wird die Verkaufsfläche um 5.700 qm erhöht
= **25.700 qm VK** - davon neu Bekleidung mit **3.500 qm VK**

„Ziel ist es, der bisherigen Entwicklung zu einem Einkaufszentrum einerseits Rechnung zu tragen und andererseits deutlich zu machen, dass die Entwicklung des Einkaufszentrums mit der **nunmehr** vorgesehenen Erweiterung **abgeschlossen** ist.“
(aus der Begründung)

2006

B-Plan: für Plaza wird eine zusätzliche VK von **2.200 qm** für Bekleidung ermöglicht



Entwicklung des innenstadtrelevanten Einzelhandels am Stadtrand

2011

B-Plan: für IKEA und LUV-Center werden **21.000 qm VK** für zentrenrelevante Sortimente ermöglicht, davon **5.000 qm** Bekleidung

2014

B-Plan: für CITTI wird die Verkaufsfläche um 8.600 qm erhöht = **34.300 qm VK**, davon **8.200 qm** Bekleidung

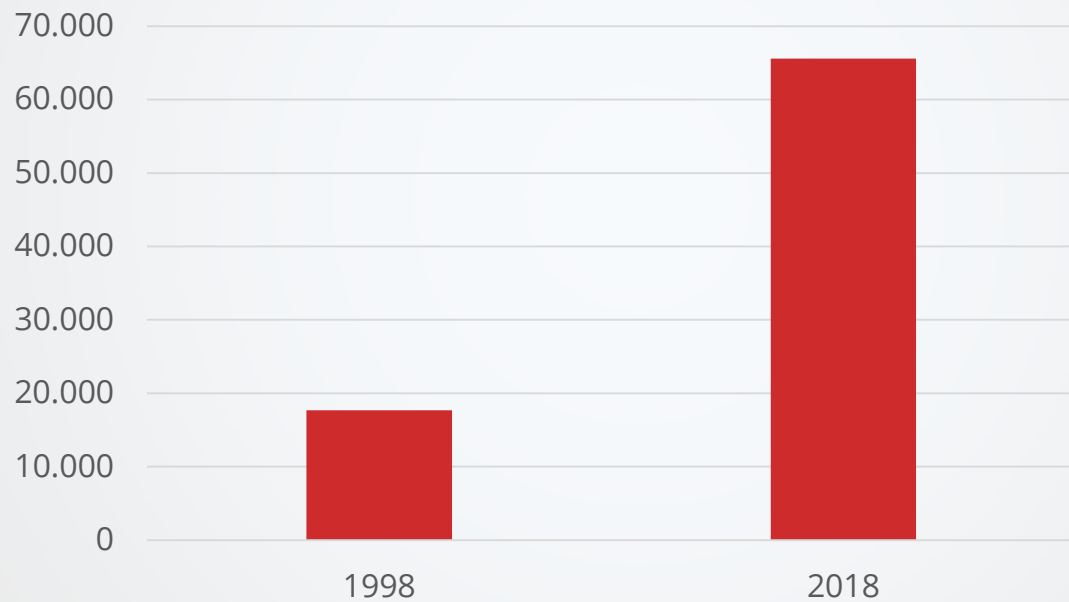
2017

B-Plan: für CITTI wird die Verkaufsfläche durch Verlagerung auf **35.600 qm VK** erhöht, zudem werden durch Sortimentstausch die innenstadtsensiblen Sortimente um **2.150 qm VK** erhöht, Bekleidung 2017 = **9.800 qm VK**



Entwicklung des innenstadtrelevanten Einzelhandels am Stadtrand

Fazit: + 48.600 m² am Stadtrand



Entwicklung des stationären Einzelhandels

Verkaufsflächenentwicklung 2009 bis 2018

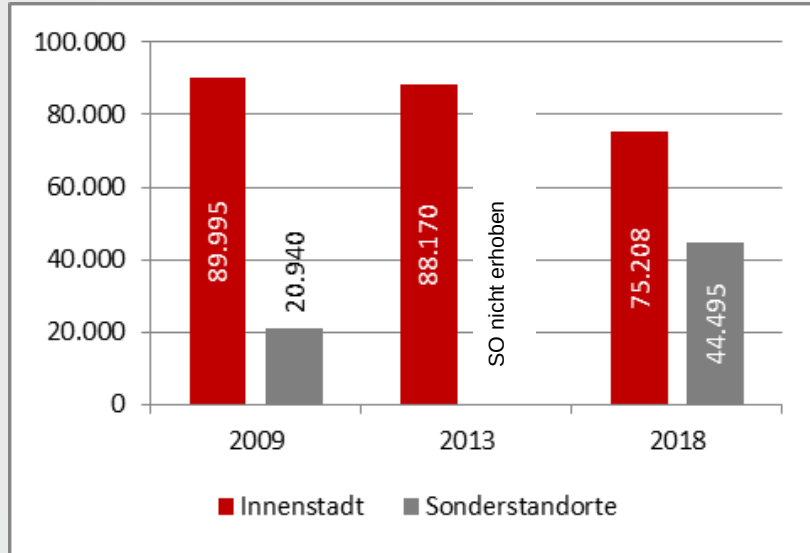
Standorte	Verkaufsfläche (Haupt- und Randsortiment)					Geschäfte (Hauptsortiment)				
	2009	2013	2018	2009 - 2018	2009 - 2018	2009	2013	2018	2009 - 2018	2009 - 2018
	in qm	in qm	in qm	in qm	in %	Anz.	Anz.	Anz.	Anz.	in %
Innenstadt	111.205	108.360	93.839	-17.366	-15,6%	644	606	544	-100	-15,5%
(über-) regionale Sonderstandorte	41.420	-	91.815	+50.395	+121,7%	57	-	128	+71	+124,6%
Gesamtstadt	468.290	-	502.259	+33.969	+6,8%	1.642	-	1.427	-215	-13,1%

Quellen: Erhebung EHF durch CIMA GmbH 2009 und 2018 (eigene Berechnungen)/
Einzelhandelsmonitoring Dr. Lademann und Partner GmbH 2013 (eigene Berechnungen)

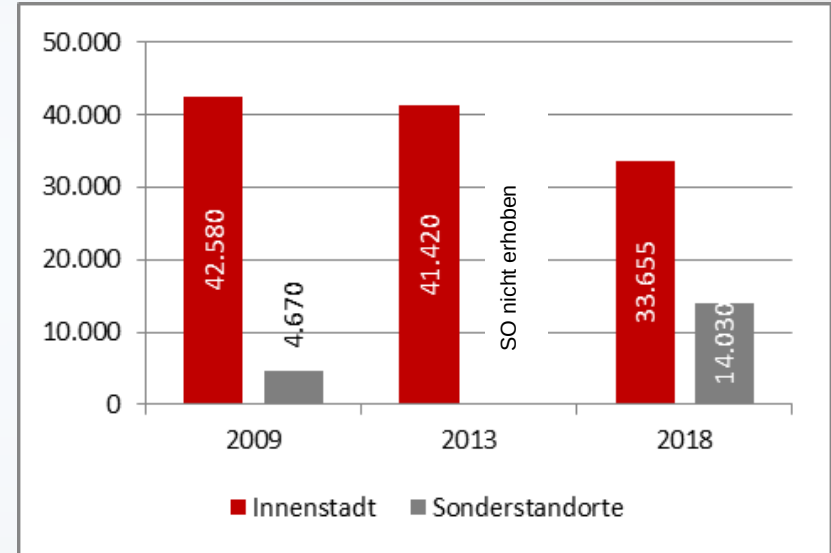


Entwicklung des stationären Einzelhandels

Entwicklung zentrenrelevante Sortimente 2009-2018



Entwicklung Sortiment Bekleidung 2009-2018



Quellen: Erhebung EHF durch CIMA GmbH 2009 und 2018 (eigene Berechnungen)/
Einzelhandelsmonitoring Dr. Lademann und Partner GmbH 2013 (eigene Berechnungen)

Entwicklung des stationären Einzelhandels

Städtevergleich Einzelhandel - westdeutsche Städte in vergleichbarer Größe und solitärer Lage

Stadt	Einwohner	Verkaufsfläche insgesamt in qm	Verkaufsfläche Innenstadt in qm	Innenstadt-anteil VK in %	Innenstadtanteil Umsatz in %	Zentralitäts-kennziffer
Kiel	247.441	444.000	111.000	25	25	136
Braunschweig	251.364	570.000	190.000	33	39	143
Aachen	244.951	-	-	47	44	126,7
Freiburg	226.000	458.620	133.000	29	36	147
Lübeck*	218.523	502.259	93.839	19	29	153,3
Mainz	209.779	379.411	129.000	34	38	109,8
Kassel	194.747	425.000	136.000	32	35	143,2
Saarbrücken	177.201	418.060	125.000	30	32	149,4

* nur die in Nutzung befindliche Verkaufsfläche ohne Leerstandsflächen

Quellen: COMFORT Städtereport/ Erhebung EHF 2018 durch CIMA GmbH (eigene Berechnungen)



Aus der Begründung zum B-Plan 22.55.08 von 2014

Dem von CITTI und dem UKSH vorgetragenen Wunsch, am Standort des Einkaufszentrums zusätzlich ein Ärztezentrum mit ca. zehn Fachärzten auf ca. 1.900 m² anzusiedeln, wurde nicht gefolgt.

Die Hansestadt Lübeck verfolgt das Ziel, kundenbezogene Dienstleistungen in die ausgewiesenen und durch Bürgerschaftsbeschluss bestätigten zentralen Versorgungsbereiche zu lenken und dort zu halten.

Diese Nutzungen stärken gleichermaßen wie der Einzelhandel die zentralen Versorgungsbereiche und gewährleisten die wohnortnahe Versorgung.



Protokollauszug aus dem Bauausschuss Dez. 2016

Für die Offenlage wird der B-Planentwurf 22.55.09 wie folgt geändert: „Die Festsetzung für ein Warenhaus mit einer eigenen Verkaufsfläche von 2.700 qm für zentren-relevante Sortimente wird aus dem B-Planentwurf herausgenommen. Der Tausch von 1.800 qm Verkaufsfläche für das Sortiment Fahrräder in andere Sortimente wie u.a. Bekleidung wird ebenfalls heraus genommen.“

Diesen Sortimentstausch könne man prüfen, wenn die Ergebnisse des nächsten Innenstadt-Monitorings vorlägen. Dies solle so terminiert werden, dass bis 2020 über ein neues B-Planverfahren die jetzt gestrichenen Punkte umgesetzt werden können, wenn es das geplante Innenstadt-Monitoring zulasse.



Planungswerkstatt Innenstadt

Zweite große Bürgerveranstaltung

Wann? Freitag, 9. November 2018, 15.30-18.30 Uhr
Samstag, 10. November 2018, 10.00-15.30 Uhr,
9.30 Uhr Einlass und Info-Café

Wo? Lübecker Musik- und Kongresshalle, Rotunde
Willy-Brandt-Allee 1

Anmeldung + Programm? www.uebermorgen.luebeck.de



**ZUKUNFTSDIALOG
PLANUNGSWERKSTATT**

Komm und mach mit!
PlanerInnen haben Ergebnisse des Zukunftsdialogs zur Innenstadt in Varianten umgesetzt und stellen sich der Diskussion.

JETZT WIRD'S KONKRET

Freitag, 9.11.2018, 15.30-18.30 Uhr
Aktuelle Informationen und Impulse zu Mobilität, Einzelhandel und Städtebau

Samstag, 10.11.2018, 10.00-15.30 Uhr
Einlass und Infocafé 9.30 Uhr
Mitmachtsche zu Vertiefungsbereichen

MuK, Rotunde
Willy-Brandt-Allee 10

Programm und Anmeldung:
uebermorgen.luebeck.de

LÜBECK überMORGEN

Vermarktung Wirtschaftsstandort Lübeck

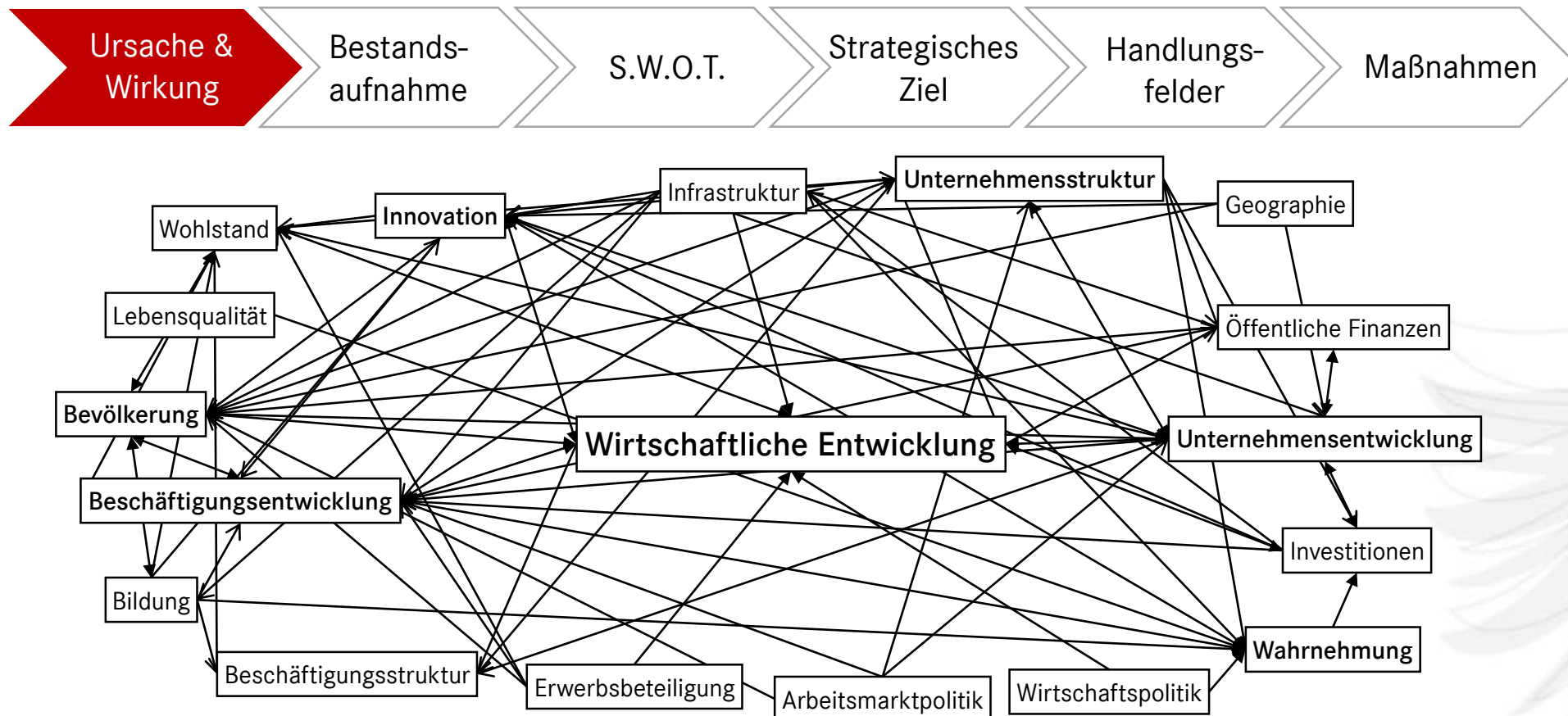


Wirtschaftsstandort Lübeck

- 220.000 Einwohner in der Hansestadt Lübeck
 - 560.000+ Einwohner in der Region Lübeck
- 5.399 Betriebe mit 95.000 SvB (30.06.2017)
- 4 Hochschulen und >10.000 Studierende
- 3. größter Hafen Deutschlands
- Heimat von 3 Nobelpreisträgern
- 875 Jahre Handelserfahrung



Lübeck im Kontext mit der Wirtschaft



Made in Lübeck – bekannte Marken

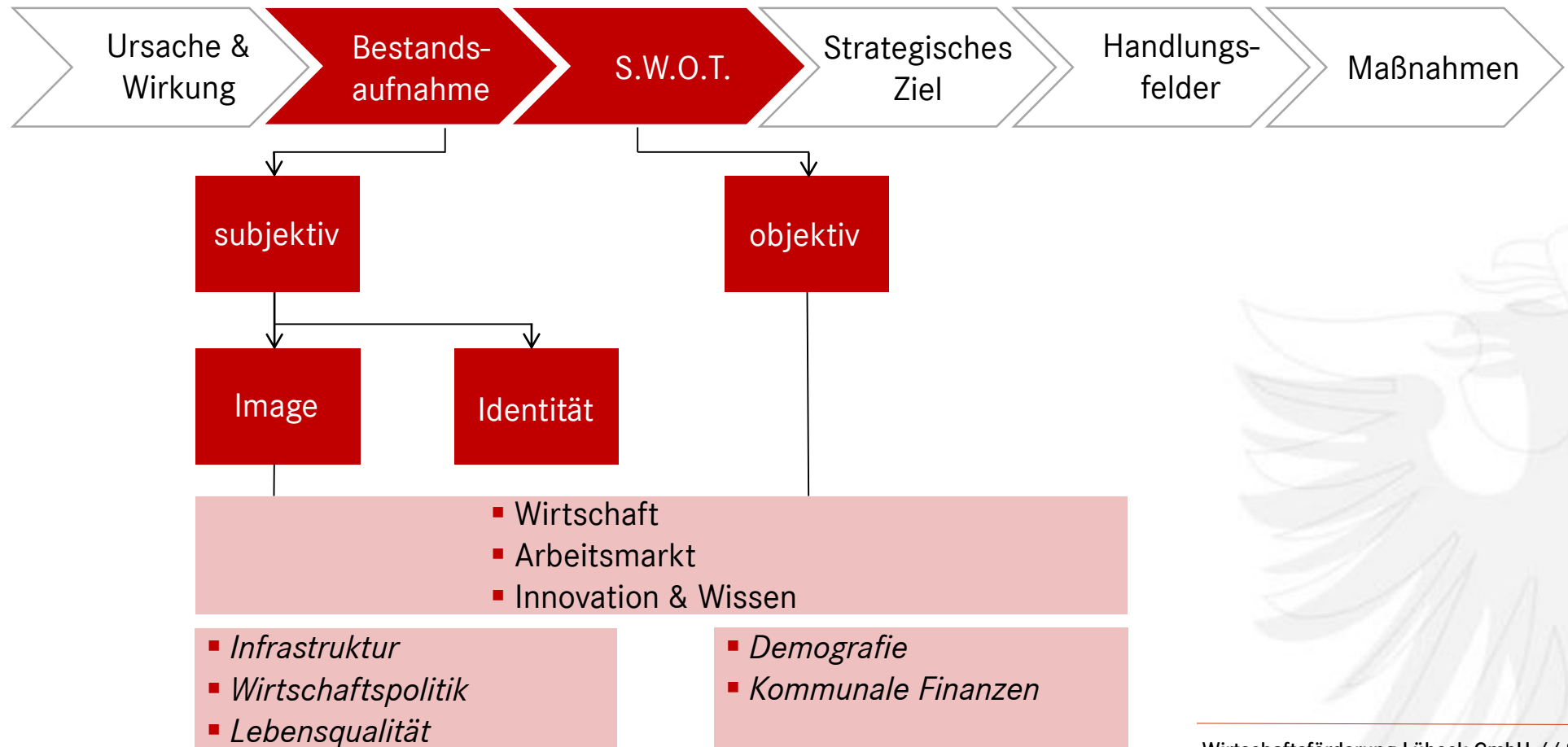
- In Lübeck sind rund 17.500 Betriebe registriert, von denen 5.400 Betriebe mindestens einen SvB aufweisen
- 10 der größten Firmenarbeitgeber in S.-H. mit Sitz in Lübeck beschäftigen rund 20.000 Menschen vor Ort

Betriebsgrößenklasse	Betriebe	SvB
Kleinstbetriebe (1-9)	4.067	12.240
Kleinbetriebe (10-49)	1020	20.446
Mittlere Betriebe (50-249)	259	26.068
Großbetriebe (250+)	53	36.301

Stand 30.06.2017



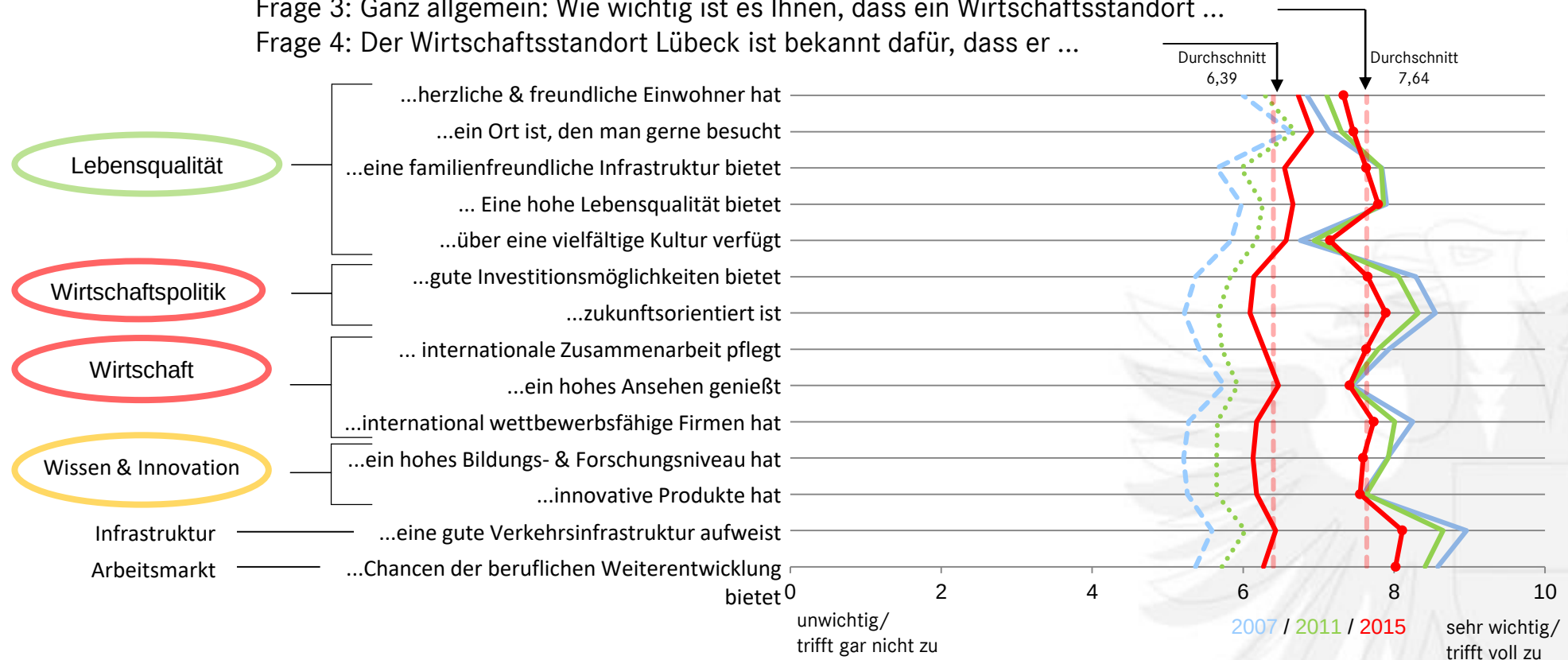
Lübeck – Standortbestimmung



Lübecks Image

Frage 3: Ganz allgemein: Wie wichtig ist es Ihnen, dass ein Wirtschaftsstandort ...

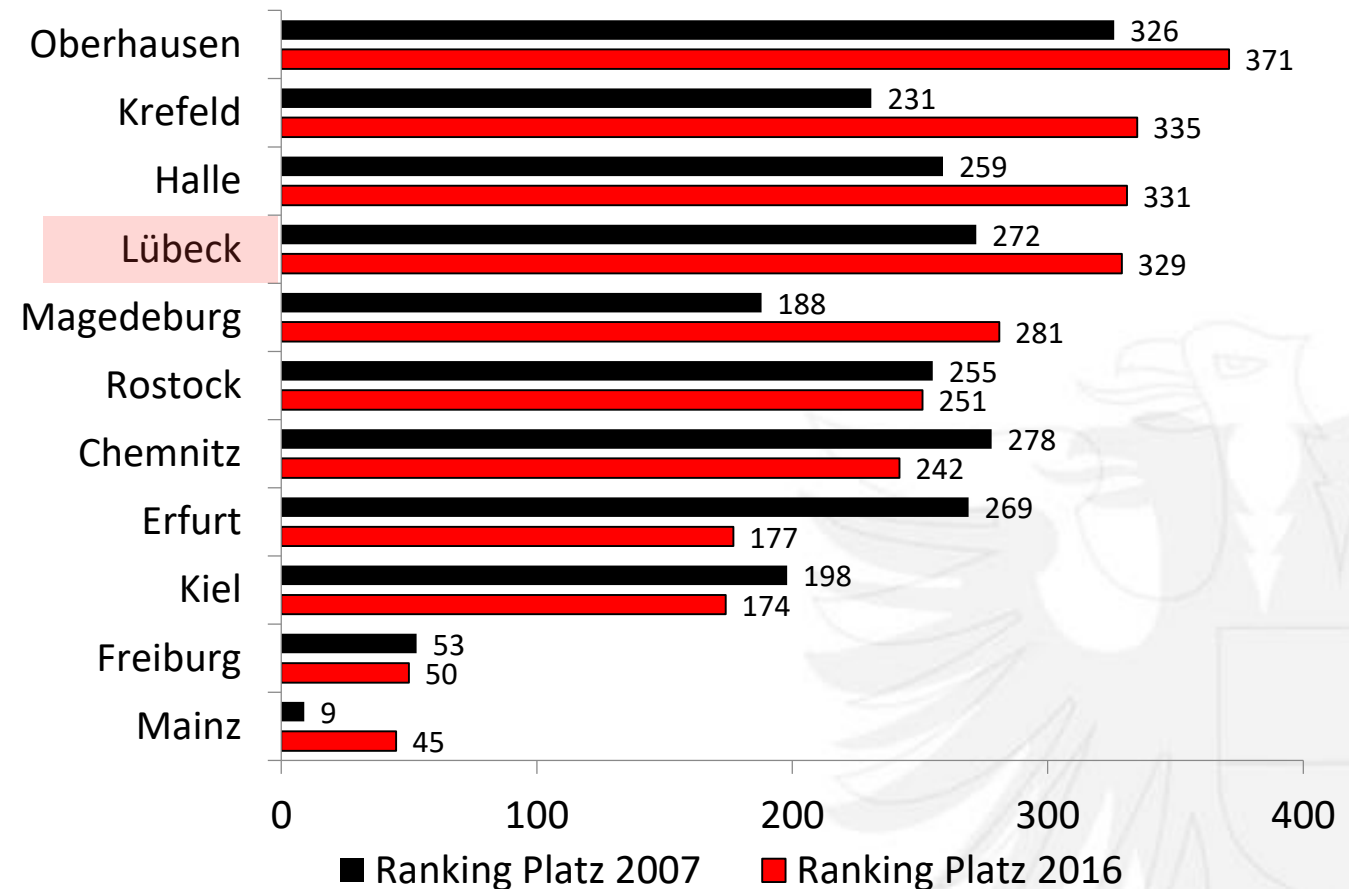
Frage 4: Der Wirtschaftsstandort Lübeck ist bekannt dafür, dass er ...



Lübeck im Städteranking 2016

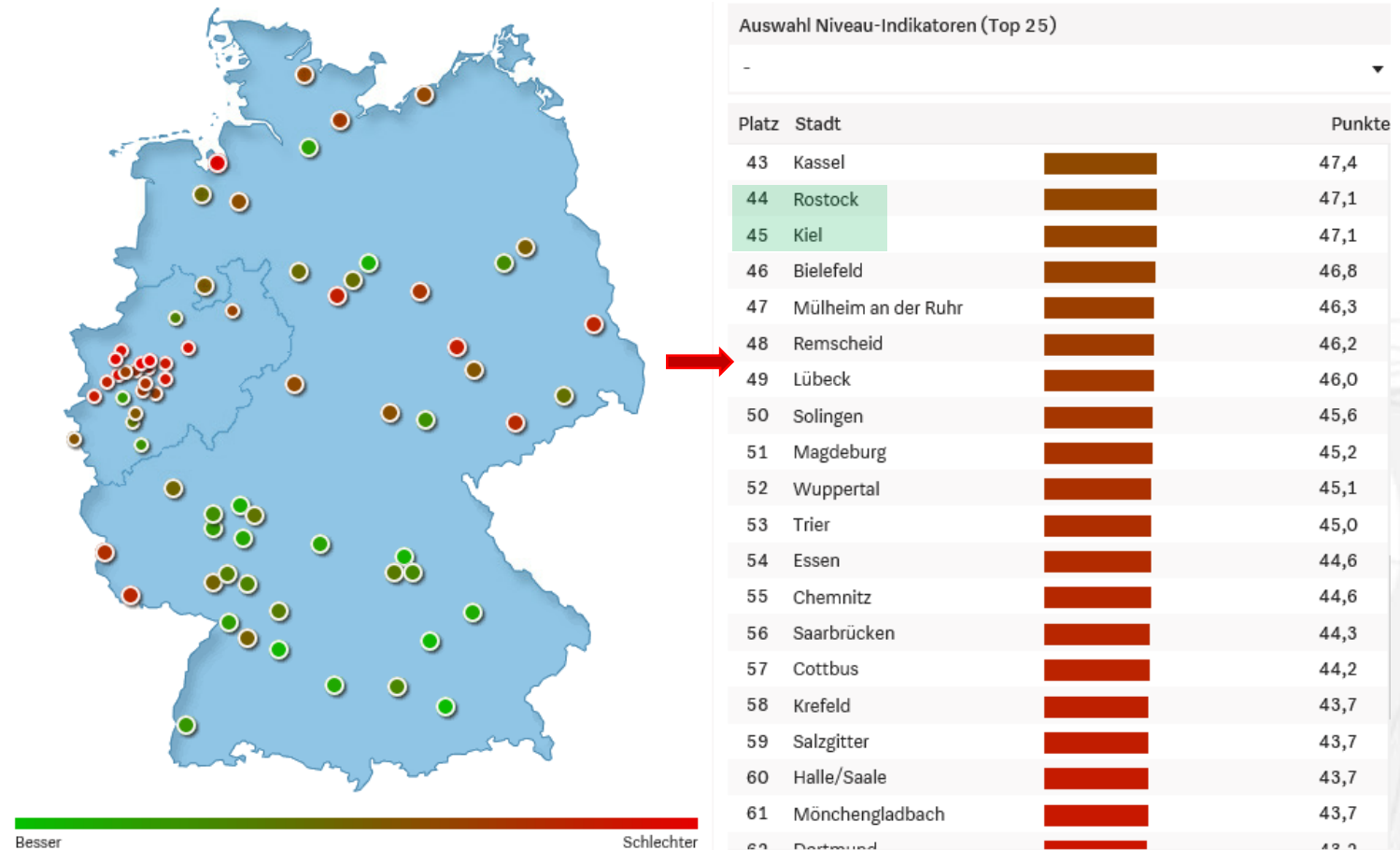
Laut Prognos Zukunftsatlas liegt

- Lübeck im bundesweiten Städteranking auf Platz 329 (8)*
- im Innovationsranking auf Rang 237 (4)*
- im Dynamikranking auf Platz 76 (8)*



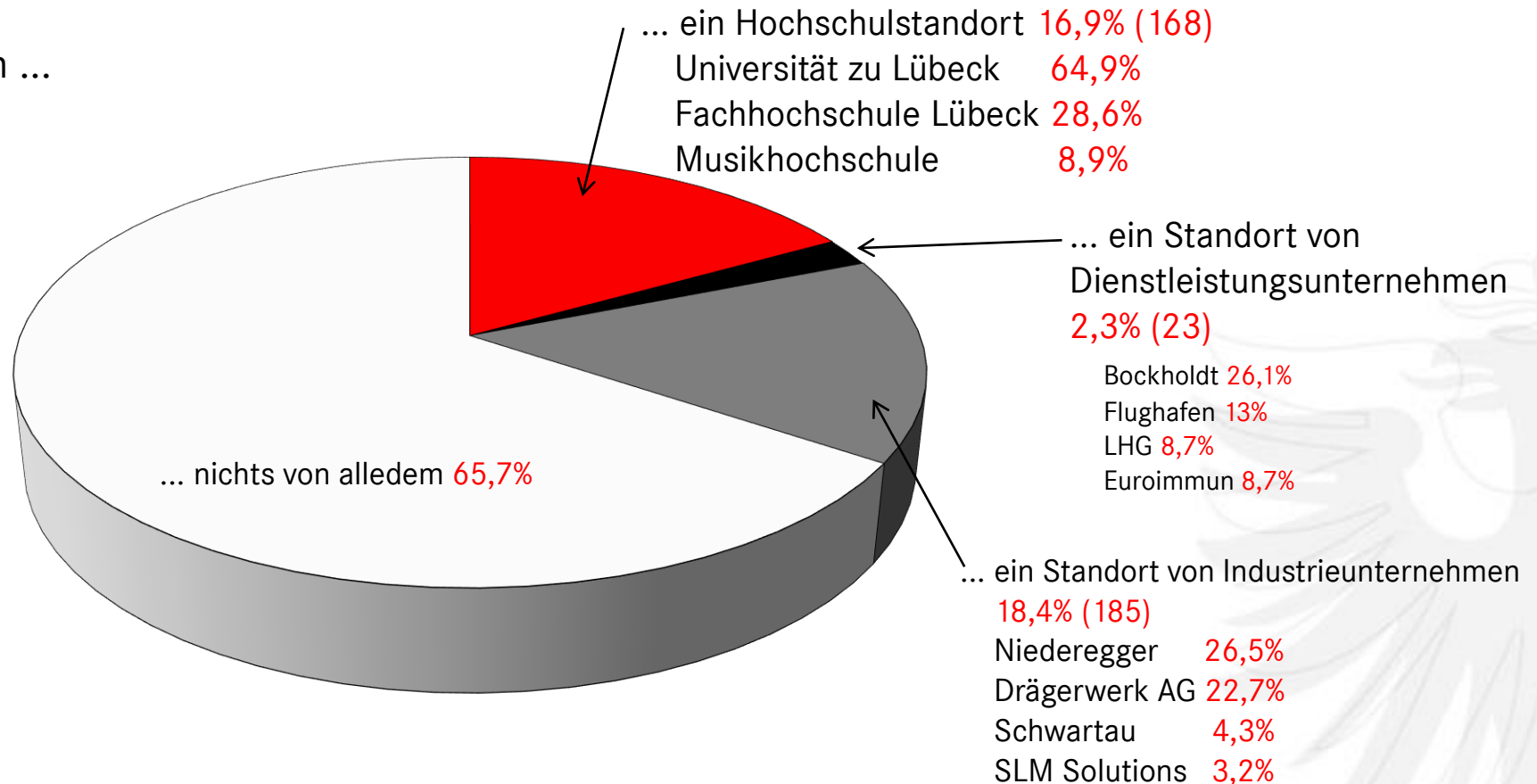
*Wert in der Klammer: Peer-Group Ranking

Lübeck im Städteranking 2018



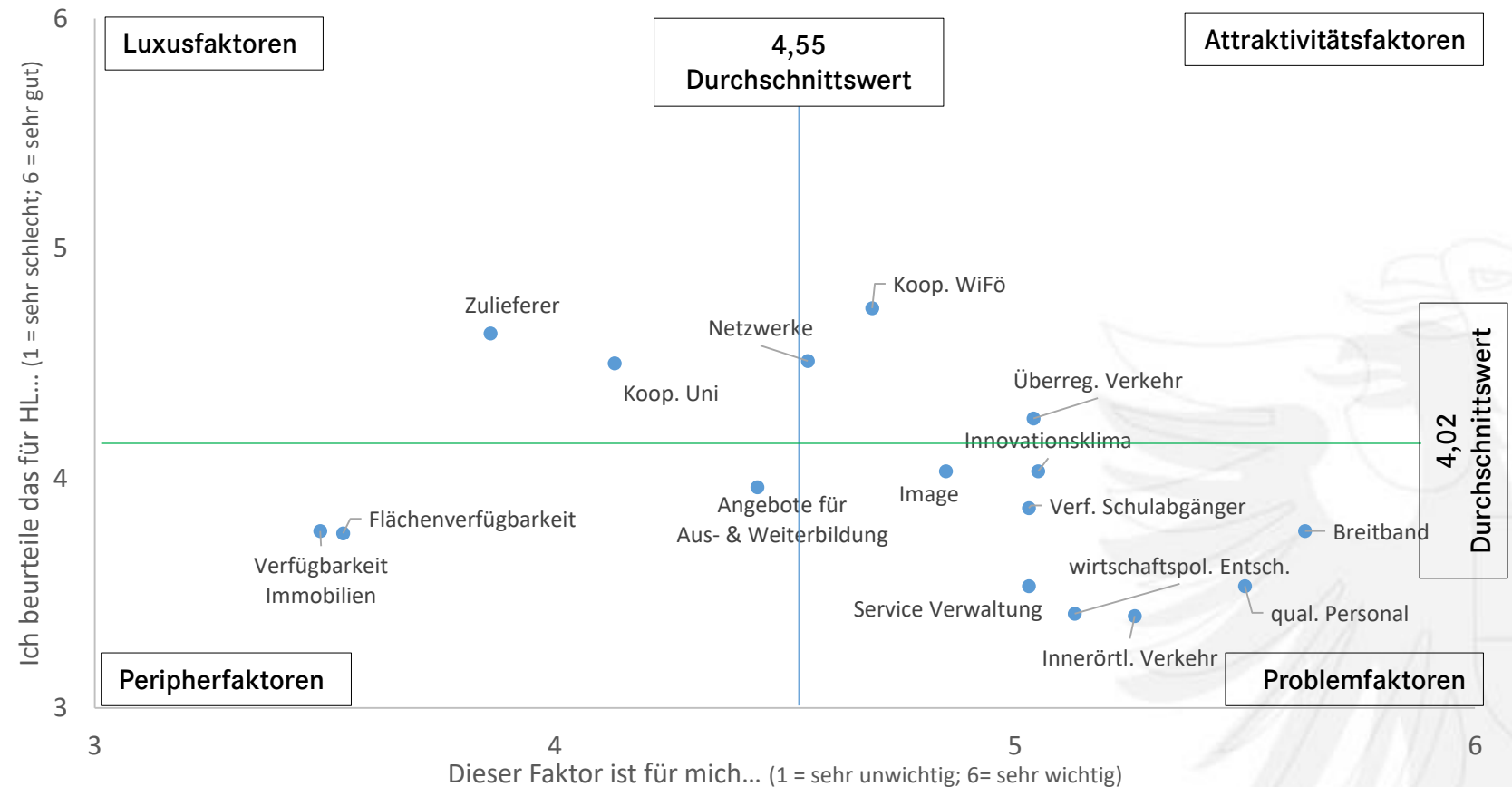
Lübecks Imageprofil 2015

Frage 5: Lübeck ist für mich ...

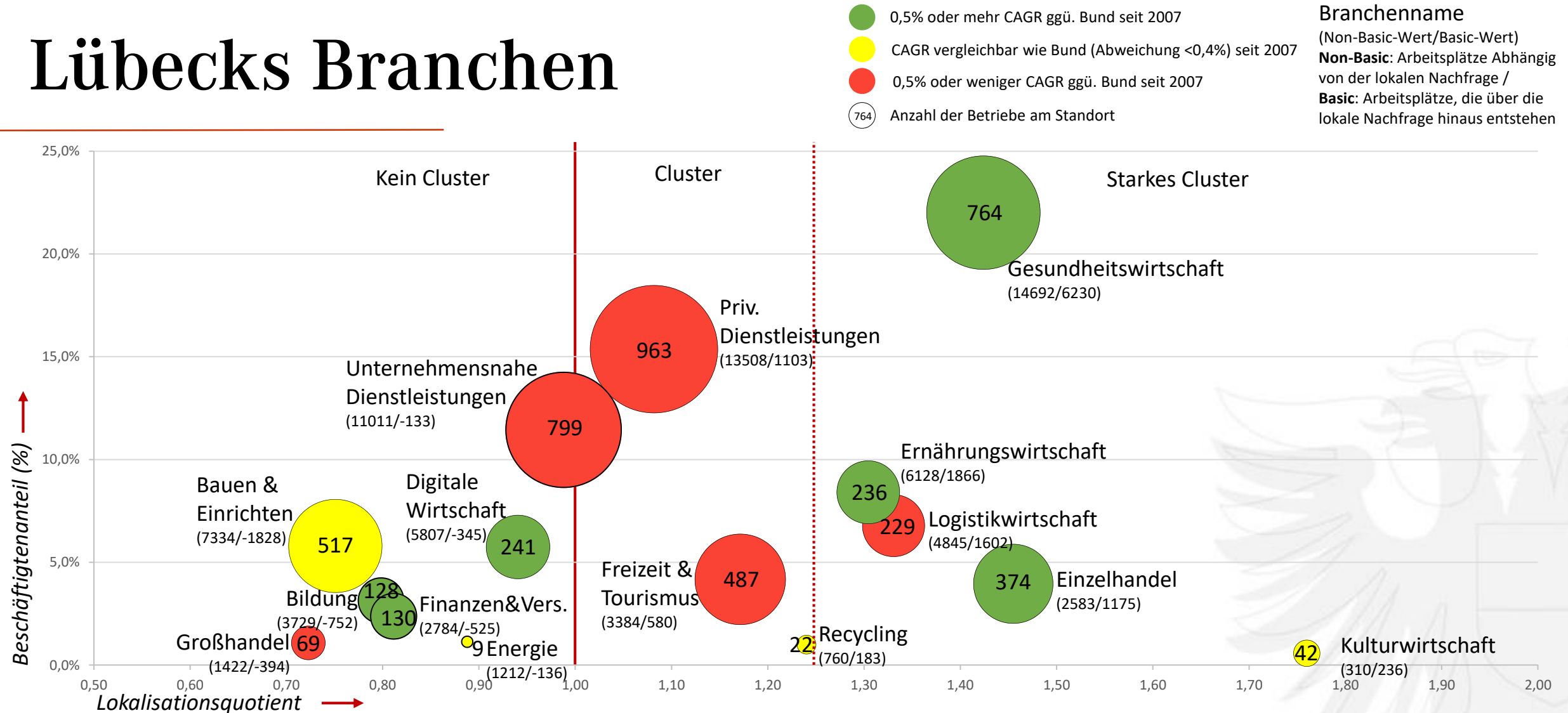


Innensicht Lübecks

Besonders bei den überdurchschnittlich wichtigen Faktoren, schneidet der Standort Lübeck schlecht ab!



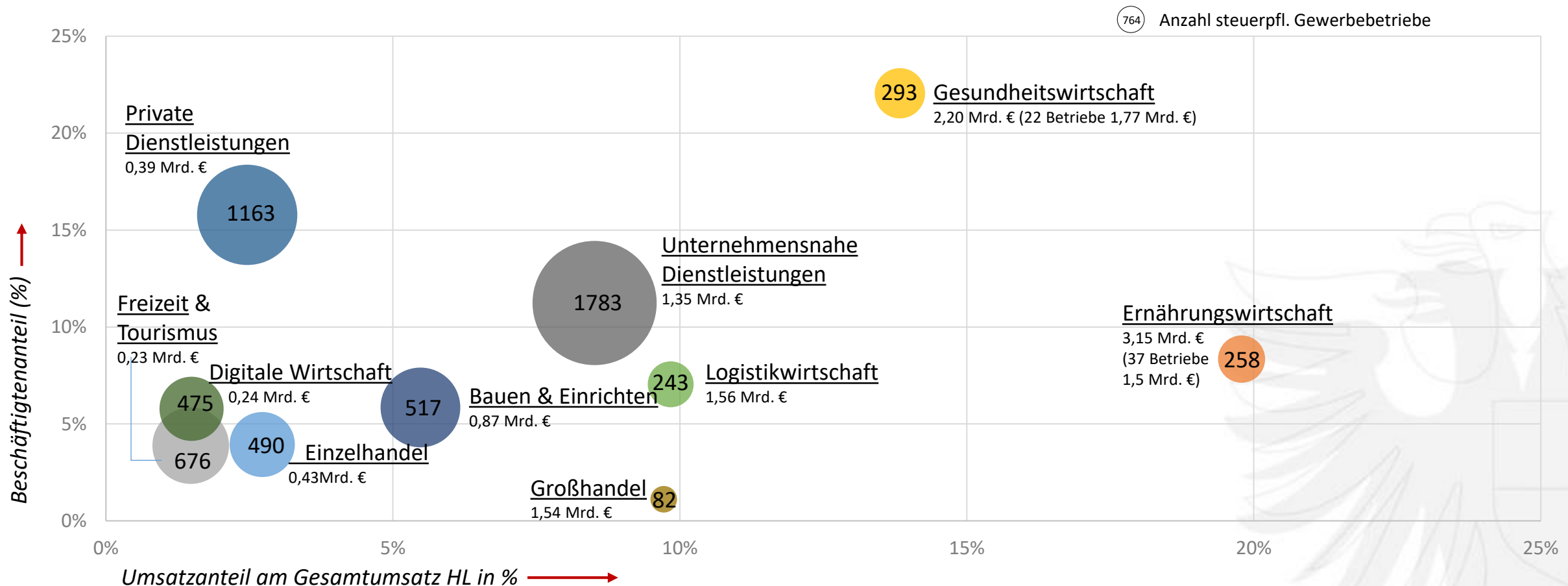
Lübecks Branchen



Lokalisationsquotient setzt sich zusammen aus Beschäftigte einer Branche in der Region zu Gesamtbeschäftigte der Referenzregion. Werte > 1 weisen auf Selbstversorgung und Exportorientierung und damit Stärke hin. Je größer desto höher das Exportpotential und die Chance zusätzliches Einkommen zu generieren.

Lübecks Branchenumsätze

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Werte f. 2016



Strategischer Handlungsrahmen



- Für die Hansestadt Lübeck existiert insgesamt keine strategische Zielformulierung
- Im ISEK (2010) sind 6 Handlungsfelder* mit 63 Einzelzielen formuliert
- Die Operationalisierung der Einzelziele im Sinne einer Zielerreichung ist nicht möglich
- Daneben existieren 5 weitere Einzelkonzepte (GFEK, Lübeck 2030, Wohnbau, Verkehr, Einzelhandel)

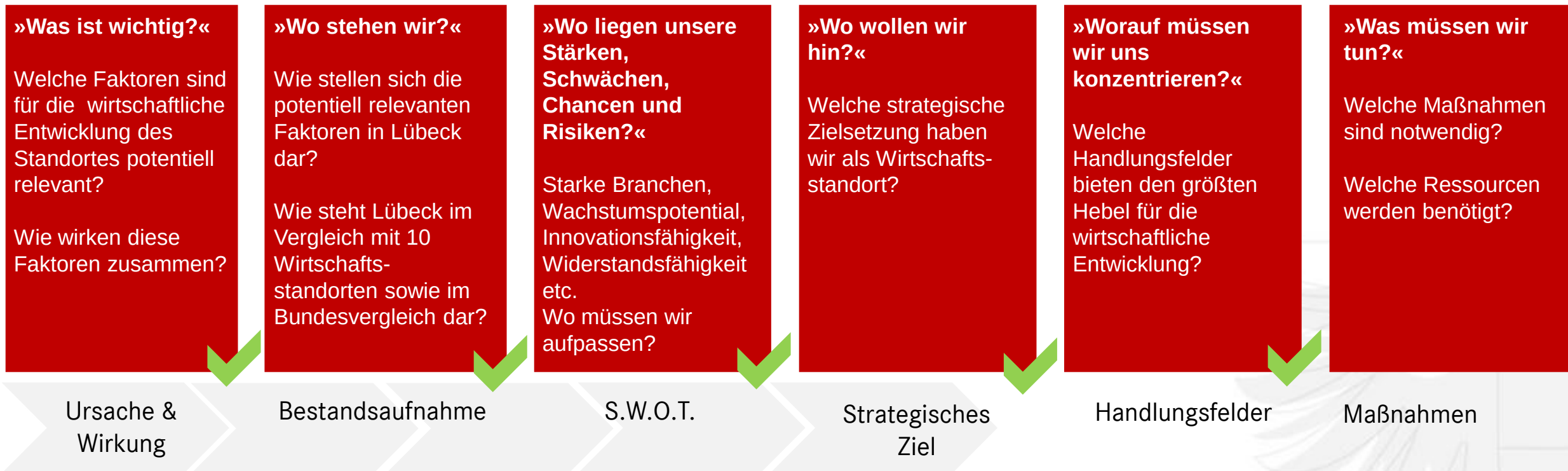


Strategische Zielformulierung für den Wirtschaftsstandort Lübeck

- I. »Wir wollen wachsen. Nachhaltig.«
- II. Die Zahl der Unternehmen und (qualifizierten) Arbeitsplätze in Lübeck soll in den nächsten Jahren gesteigert werden.
- III. Die Steuereinnahmen der Stadt sollen steigen

* = Hansestadt & Nachbarstadt; Gesamtstadt & Stadtteile; Wohnstadt & Generationenstadt; Hafenstadt & Wissensstadt; Stadtlandschaft & Weltkulturstadt; Miteinander & Füreinander

Wirtschaftsstandort Lübeck



Betrauungsakt - Zielsystem

Unterstützung ansässiger Unternehmen

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ansässiger Unternehmen
- Stärkung Know-how Transfer am Standort und Steigerung der Innovationsdynamik
- Stärkung der Unternehmensnetzwerke am Standort
- Stärkung Lübecks Innenstadtentwicklung

Betreuung & Begleitung ansiedlungswilliger Unternehmen (Ansiedlung/Akquisition)

- Kontaktaufnahme und Netzwerkaufbau zur Unternehmensansprache national International
- Unternehmensansiedlung

Standortmarketing

- Grundlagen (Analysen & Erhebungen)
- wirtschaftspolitischer Leitbildprozess
- Steigerung der Sichtbarkeit Standort HL (national & International)
- Imagebildung (Optimierung Innen- & Außenkommunikation)

Standort- und GE-Entwicklung

- Schaffung eines Wirtschaftsleitbildes
- Neue Flächen für Ansiedlung (u. inneres Wachstum)
- Entscheidungsgrundlagen f. zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik

Ziel	Maßnahme	Partner						Events / Termine	Gesamtkosten	
		Bund	Land	Stadt	Hochschulen	Kammern	BfA	Sonst. Institut.	p.a.	p.a.
Unterstützung ansässiger Unternehmen										
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ansässiger Unternehmen	Schaffung eines branchenübergreifenden Key-Account mit individuellem Betreuungs- und Beratungsangebot zu den Themen (Pro Mitarbeiter mindestens 12 Unternehmen (48)									213.300 €
	- Finanzierung & Förderung	x	x				x		2	
	- Mitarbeiterqualifizierung				x	x	x	x	2	
	- Beschaffung/Einkauf				x			x	2	
	- (Produkt-)Innovation				x	x		x	2	
	- Internationalisierung & Markterschließung	x				x		x	1	

Ziel	Maßnahme	Partner						Events / Termine p.a.	Gesamtkosten p.a.
		Bund	Land	Stadt	Hochschulen	Kammern	BfA		
Stärkung des Know-how-Transfers am Standort und Steigerung der Innovationsdynamik u.a. mittels unternehmensübergreifender Kommunikation Events	verschiedene Einzelmaßnahmen								227.500 €
	Workshops/Seminare Branchenübergreifend zum Thema Digitalisierung			x	x	x		2	
	Co-Working Workshops				x			2	
	3D-Printig Week				x			1	
	Gewerbegebietsversammlungen			x	x			3	
	Pop-up Workshops (Innenstadt, leerstehender ebenerdiger Immobilien) f. Gründer, Studis & etablierte KMU				x			4	

Ziel	Maßnahme	Partner							Events / Termine p.a.	Gesamtkosten p.a.
		Bund	Land	Stadt	Hochschulen	Kammern	BfA	Sonst. Institut.		
Stärkung der Unternehmensnetzwerke am Standort Lübeck										415.700 €
	Veranstaltungsreihe Erfolg ist die beste Existenzsicherung	x	x	x	x	x	x	x	6	
	Cluster foodRegio & LogRegio	x	x		x	x	x	x	25	
	Gewerbegebietsversammlungen			x	x			x	3	
Positionierung der Wirtschaftsförderung als einheitlicher Ansprechpartner für Investoren von innen und außen	Kommittent des Bürgermeisters, der Verwaltung und der Politik			x						

Ziel	Maßnahme	Partner						Events / Termine	Gesamtkosten
		Bund	Land	Stadt	Hochschulen	Kammern	BfA	Sonst. Institut.	
								p.a.	p.a.
Standortmarketing									
Steigerung der Sichtbarkeit des Standort Lübecks (national + international) für Fachkräfte und Unternehmen/Investoren	Branchenbezogenes Zielgruppenmarketing & Kampagnenentwicklung			x	x	x		x	292.650 €
	Thematische Zielgruppenansprache über Online & Printmedien (Leit- & Fachartikel in den Leitmedien der Branchen, 10 Themen)				x	x		x	
	Presse- & fachthematische Journalisten Reisen (10)				x			x	
	Social Media Kampagne (XING, LinkedIn, Facebook) mit Partnern			x	x	x	x	x	

Umsetzungskosten

Plankostenansatz 2019										
Sachkosten & Personalkosten										1.714.950 €
Erwartete Gesamtkosten für die Jahre 2019 ff.										1.714.950 €
<i>Davon bisheriges Budget 2018*</i>										<i>1.131.000 €</i>
Unterdeckung									-	583.950 €
* Das Gesamtbudget setzt sich zusammen aus dem Zuschuss der HL, Geschäftsbesorgung mit der HL (326.000€), Projektfördermitteln des Landes für foodRegio e.V., Verlustausgleich durch KWL, Geschäftsbesorgung mit der GGM, Verkaufsprovisionen f. GE-Grundstücke										
Zusätzlicher Mittelbedarf ab 2019										583.950 €

Darin enthalten

- 1 neue Stelle Innenstadtentwicklung /(EzH-) Flächenmanagement
- 1 neue Stelle Ansiedlung Branchenbetreuung (neue Technologien/Medizintechnik)
- Aufstockung Personal für Logistik-Cluster 0,5 Stellen

Kurbetrieb Travemünde

Erläuterung **Darstellung** Eigenkapital in der Bilanz 2017

Passiv - Seite der Bilanz		Darstellung gemäß Fragestellung im Ausschuss vom 12.11.2018			
Darstellung Eigenkapital (EK)		Rechenweg	2017	Rechenweg	2016
Stammkapital			2.550.000,00 Haben		2.550.000,00 Haben
allgemeine Rücklage		plus	182.990,55 Haben	plus	182.990,55 Haben
zweckgebundene Rücklage		plus	3.580.950,18 Haben	plus	3.580.950,18 Haben
Bilanzverlust		plus	-461.626,27 Soll (plus / minus ist minus)	plus	737.500,04 Haben Bilanzgewinn (plus / plus ist plus)
Eigenkapital Summe		gleich	5.852.314,46 Haben	gleich	7.051.440,77 Haben

Passiv - Seite der Bilanz		vom Kurbetrieb Travemünde gewählte Darstellung			
Darstellung Eigenkapital (EK)		Rechenweg	2017	Rechenweg	2016
Stammkapital			2.550.000,00 Haben		2.550.000,00 Haben
allgemeine Rücklage		plus	182.990,55 Haben	plus	182.990,55 Haben
zweckgebundene Rücklage		plus	3.580.950,18 Haben	plus	3.580.950,18 Haben
Jahresverlust (Soll)	1.199.126,31			36.714,42	
Gewinnvortrag (Haben)	-737.500,04	minus	461.626,27 Soll / = Bilanzverlust (minus / plus ist minus)	-774.214,46	minus
Eigenkapital Summe		gleich	5.852.314,46 Haben	gleich	7.051.440,77 Haben Bilanzgewinn Gewinnvortrag (minus / minus ist plus)

Die Zahlen "**Jahresverlust und Gewinnvortrag**" sind in der dargestellten Bilanz des Kurbetriebes **nicht** mitzurechnen, sie dienen nur dazu, die saldierte Summe von Bilanzgewinn (2016) bzw. den Bilanzverlust (2017) zu erläutern, nämlich wie hoch ist der steuerliche Verlust des jeweiligen Jahres, und wie hoch ist der zu verrechnende Saldo des Kontos "Gewinnvortrag" am Jahresende. So sind die Beträge für jeden leicht abzulesen, ohne dazu die Erläuterungen im Anhang durchzuarbeiten.

Es handelt sich also nur um eine andere Darstellung ! An der Summe ändert es nichts !

Die Verrechnung der Salden wird immer erst im Folgejahr tatsächlich gebucht, nachdem der Jahresabschluss durch die Bürgerschaft beschlossen wurde.

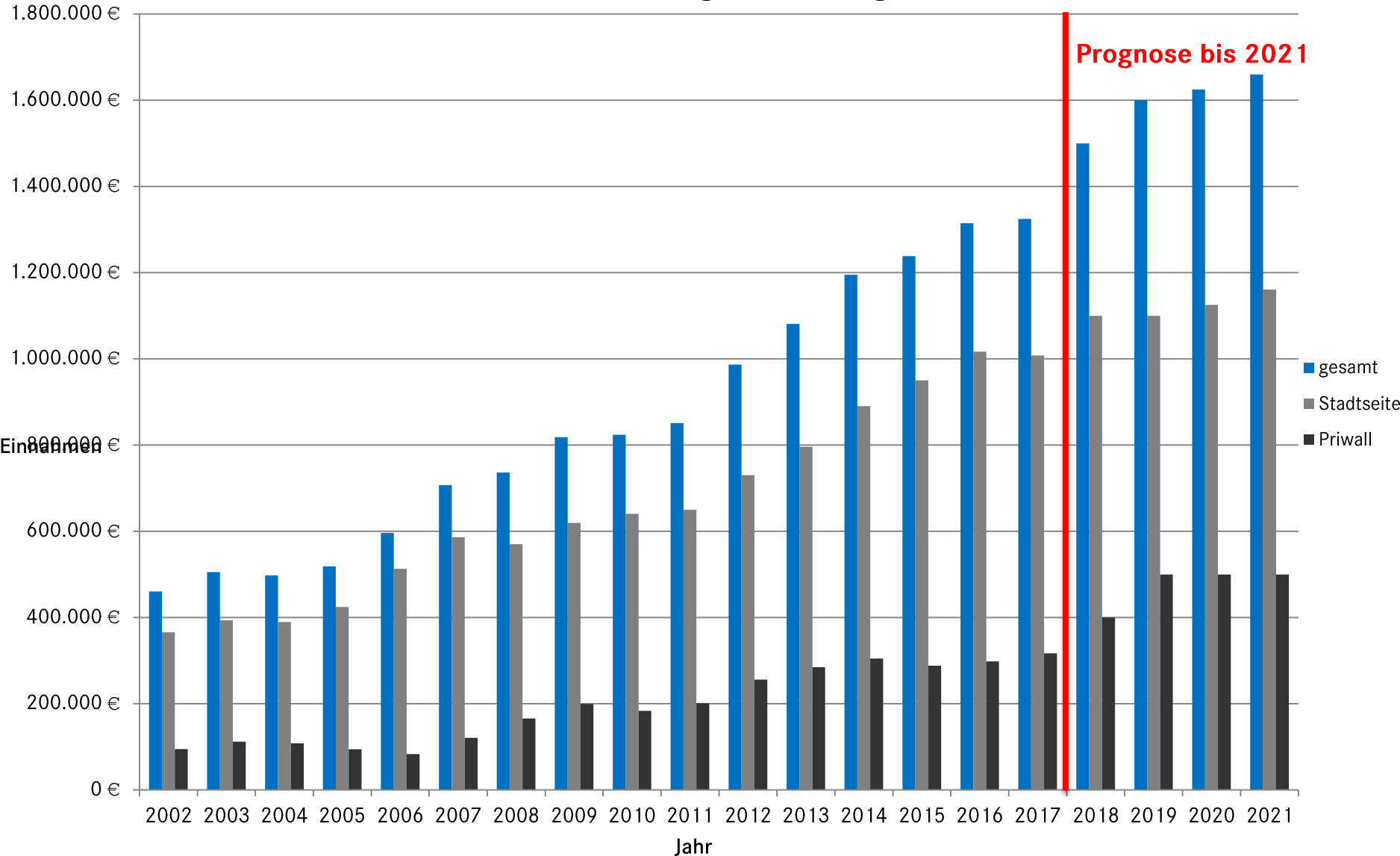


Entwicklung der Kurabgabe 2002-2021

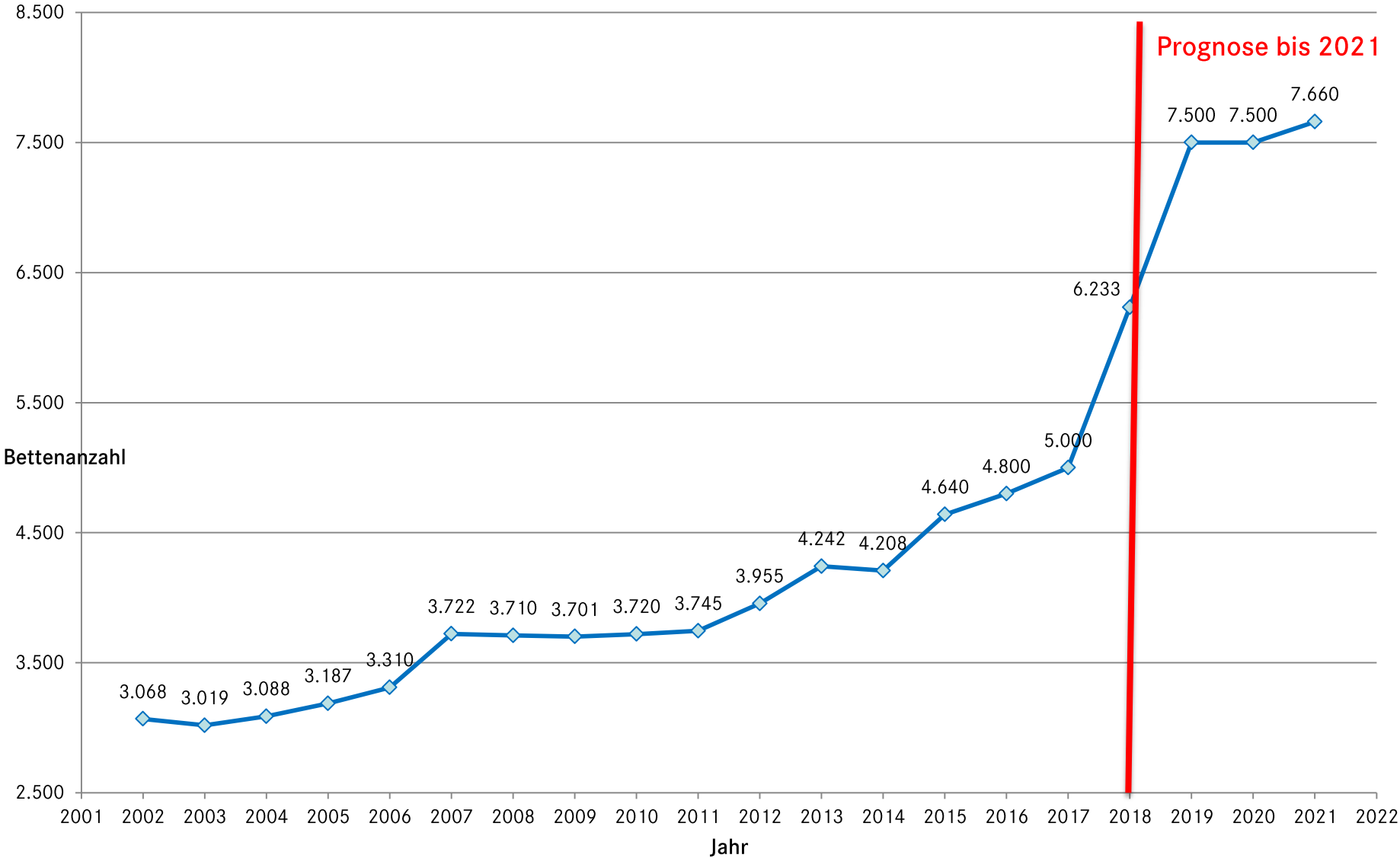


Jahr	Kurabgabesatz (brutto)		Kurabgabe			durch- schnittliche Bettenanzahl	
	NS	HS	Gesamt (netto)	Stadtseite	Priwall		
2002	1,00 €	2,60 €	460.408 €	365.571 €	94.837 €	3.068	
2003	1,00 €	2,60 €	505.168 €	393.286 €	111.882 €	3.019	
2004	1,00 €	2,60 €	497.562 €	389.319 €	108.243 €	3.088	
2005	1,00 €	2,60 €	518.462 €	424.244 €	94.219 €	3.187	Eröffnung Columbia und A-Rosa
2006	1,00 €	2,60 €	596.040 €	512.829 €	83.211 €	3.310	
2007	1,00 €	2,60 €	707.069 €	586.407 €	120.662 €	3.722	Eröffnung Landal/Novasol - Park
2008	1,00 €	2,60 €	736.039 €	570.286 €	165.753 €	3.710	
2009	1,00 €	2,60 €	818.499 €	619.158 €	199.341 €	3.701	
2010	1,30 €	2,60 €	823.976 €	640.488 €	183.488 €	3.720	
2011	1,30 €	2,60 €	850.955 €	650.073 €	200.882 €	3.745	
2012	1,40 €	2,80 €	986.479 €	730.387 €	256.092 €	3.955	
2013	1,40 €	2,80 €	1.080.969 €	796.353 €	284.616 €	4.242	
2014	1,40 €	2,80 €	1.195.141 €	890.529 €	304.612 €	4.208	Wiedereröffnung A-Rosa nach Umbau
2015	1,40 €	2,80 €	1.238.080 €	950.063 €	288.017 €	4.640	
2016	1,40 €	2,80 €	1.314.653 €	1.016.738 €	297.915 €	4.800	
2017	1,40 €	2,80 €	1.324.639 €	1.007.684 €	316.955 €	5.000	Eröffnung Waterfront/Novasol
2018	1,40 €	2,80 €	1.500.000 €	1.100.000 €	400.000 €	6.233	Eröffnung aja/Appartments
2019	1,40 €	2,80 €	1.600.000 €	1.100.000 €	500.000 €	7.500	Wohnmobilplatz Fischereihafen
2020	1,40 €	2,80 €	1.625.000 €	1.125.000 €	500.000 €	7.500	Womo Kowitzberg 2. BA Ferienapp. Godewindpark
2021	1,40 €	2,80 €	1.660.000 €	1.160.000 €	500.000 €	7.660	Stilwerkhotel

Entwicklung der Kurabgabe



Entwicklung der durchschnittlichen Bettenanzahl





**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit!**

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**4. Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den
"Kurbetrieb Travemünde (KBT)"**

Sitzungstermin:	Montag, 14.01.2019	
Sitzungsbeginn:	16:50 Uhr	
Sitzungsende:	17:56 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ulrich Krause- CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Bernhard Simon- CDU		
Birte Duggen- SPD		
Dr. Burkhard Eymer- CDU		
Dr. Axel Flasbarth- SPD		
Anka Grädner- Bü90/DIEGRÜNEN		
Peter Reinhardt- SPD		
Heike Wiechmann- Die Unabhängigen		
David Jenniches- AfD	Vertretung für: Herrn Dr. Krause	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Nele Hoge- Bü90/DIEGRÜNEN		
Sonja Lengen- SPD	Vertretung für: Herrn Evers	
Hans-Jürgen Martens- Die Linke	Vertretung für: Herrn Ising	
Kim Carolin Nehrhoff- FDP		
Claus Schaafberg- Bü90/DIEGRÜNEN	ab TOP 3.5.	
Carsten Bornhöft- Bü90/DIEGRÜNEN	Vertretung für Herrn Schaafberg (bis einschl. TOP 3.4.)	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Thomas-Markus Leber- FDP		

Verwaltung	
Karl-Heinz Bresch- 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	zu TOP 5.1.
Piroska Csösz- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Conja Grau- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Manuel Hertz- 2.020 Fachbereichscontrolling	
Uwe Kirchhoff- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Marina Köhn- 2.830 - Kurbetrieb Travemünde	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-8)
Senator Sven Schindler- FB 2 Wirtschaft und Soziales	
Protokollführung	
Heike Blankenburg- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Gäste	
Karl-Heinz Brenner- FEWO-Vermieter	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-8)
Olivia Kempke- Lübeck Management e.V.	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-8)
Christian Martin Lukas- LTM GmbH	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-8)
Beiratsmitglieder	
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	

Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Klaus Peter Krause- AfD	abwesend
Christoph Evers- SPD	abwesend
Sebastian Kai Ising- Die Linke	abwesend
Harald Klix- FREIE WÄHLER & GAL	abwesend
Beiratsmitglieder	
Christian Bauersachs- Seniorenbeirat	abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
1.1.	Verpflichtung von nicht der Bürgerschaft angehörenden Ausschussmitgliedern
1.2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.3.	Anträge und Beschlüsse zur Tagesordnung
2.	Niederschrift Nr. 3 vom 12.11.2018 - öffentlicher Teil
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Einzelhandelsentwicklung
3.2.	Mitteilungen der Verwaltung
3.3.	Anfrage der Ausschussmitglieder Anka Grädner und Nele Hoge (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) bzgl.: sog. Unkrautsbekämpfung auf der Wallhalbinsel Vorlage: VO/2018/06619
3.4.	Anfrage des AM Kim Nehrhoff FDP zu Wochenmärkten Vorlage: VO/2018/06682
3.5.	Neue Anfragen
3.5.1.	Ausschussmitglied Christoph Evers SPD: Adventsmarkt der Kulturbühne auf dem Leuchtenfeld Vorlage: VO/2019/06986
3.5.2.	Anfrage des Ausschussmitglieds Heike Wiechmann (Die Unabhängigen): Promenaden im Bereich Waterfront/Priwall Vorlage: VO/2019/06993
3.5.3.	Anfrage des Ausschussmitglieds Heike Wiechmann (Die Unabhängigen): Arbeitskreis Erbpachtinitiative Vorlage: VO/2019/06989
4.	Berichte
4.1.	Quartalsbericht III / 2018 der Gesellschaften und Betriebe der Hansestadt Lübeck - Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2018/06798

5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Ausschluss von Ferienwohnungen und Erhalt von Dauerwohnen) für das Gebiet der Lübecker Altstadt Aufstellungsbeschluss (5.610) Vorlage: VO/2018/06656
5.2.	Frauenförderplan beim Kurbetrieb Travemünde (KBT) - Fortschreibung des Rahmenplanes Vorlage: VO/2018/06681
5.3.	Spendenannahme einer Geldspende für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital in Höhe von 250.000 EUR der Possehl-Stiftung für die Sanierung des Langhauses des Heiligen-Geist-Hospitals Vorlage: VO/2018/06833
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27.09.2018 - TOP 5.15 Antrag der CDU-Fraktion - VO/2017/06511: Klare Regelung für den Grünstrand Vorlage: VO/2018/06664
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.	Verschiedenes
13.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und Ausschusses für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“, den Seniorenbeirat, die Öffentlichkeit, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die sonstigen anwesenden Gäste.

Vor Eintritt in die Sitzung stellen mehrere Ausschussmitglieder fest, dass sie keinen Zugriff auf ALLRIS haben. Es wird daher ein Laptop mit Beamer installiert, um die Sitzungsunterlagen auf eine Leinwand zu projizieren. Es besteht Einigkeit darüber, dass ein TOP vertagt wird, sobald ein oder mehrere Ausschussmitglieder keinen Einblick in die Unterlagen bzw. in ihre Aufzeichnungen haben. Die TOP 2 und 9, 5.2 und 6.1 sollten auf jeden Fall vertagt werden.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 1.1 Verpflichtung von nicht der Bürgerschaft angehörenden Ausschussmitgliedern

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

zu 1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest. Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

zu 1.3 Anträge und Beschlüsse zur Tagesordnung

Es werden folgende Änderungsanträge zur Tagesordnung gestellt:

a) Vertagung der TOP

2. Niederschrift Nr. 3 vom 12.11.2018 - öffentlicher Teil

5. Beschlussvorlagen

5.2. Frauenförderplan beim Kurbetrieb Travemünde (KBT) -
Fortschreibung des Rahmenplanes
VO/2018/06681

6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

6.1. Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27.09.2018 - TOP 5.15
Antrag der CDU-Fraktion - VO/2017/06511:
Klare Regelung für den Grünstrand
VO/2018/06664

9. Niederschrift Nr. 3 vom 12.11.2018 - nicht öffentlicher Teil

b) Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um die Behandlung der TOP

3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen

3.5 Neue Anfragen

3.5.1. Ausschussmitglied Christoph Evers SPD:
Adventsmarkt der Kulturbühne auf dem Leuchtenfeld
VO/2019/06986

3.5.2. Anfrage des Ausschussmitglieds Heike Wiechmann (Die Unabhängigen):
Promenaden im Bereich Waterfront/Priwall
VO/2019/06993

3.5.3. Anfrage des Ausschussmitglieds Heike Wiechmann (Die Unabhängigen):
Arbeitskreis Erbpachtinitiative
VO/2019/06989

c) Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über das Verfahren zu den Tagesordnungspunkten, die für den nicht öffentlichen Teil vorgesehen sind.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt einstimmig,
(14 Ja-Stimmen)*

*die TOP 2., 5.2., 6.1. und 9.
zurückzustellen*

*und die Tagesordnung
im Wege der Dringlichkeit um die
TOP 3.5.1., 3.5.2. und 3.5.3.
zu erweitern.*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte
9. bis 12. im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.
(14 Ja-Stimmen)*

zu 2	Niederschrift Nr. 3 vom 12.11.2018 - öffentlicher Teil
-------------	---

*Der Tagesordnungspunkt wurde bei
Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.*

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Einzelhandelsentwicklung

Herr Dr. Eymer spricht die Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage auf 2 Termine pro Jahr an und kritisiert, dass der Ausschuss nicht vor der Öffentlichkeit darüber informiert wurde. Er fragt danach, aus welchem Grund nicht genug Events stattfinden, welche mehr verkaufsoffene Sonntage rechtfertigen könnten. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Berichterstattung der LN über eine Stellungnahme des Herrn Prof. Frank Schwartz, der darin die Bedeutung von Events für die Attraktivität der Innenstadt hervorhebt.

Der Vorsitzende schlägt vor, Herr Prof. Schwartz zu einer Anhörung in eine der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses und Ausschusses für den Kurbetrieb Travemünde (KBT)“ einzuladen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 3.2 Mitteilungen der Verwaltung

Unter Hinweis auf die Pressemitteilung zum Hochwasser in Travemünde Anfang Januar teilt Herr Kirchhoff mit, dass seine Aussage hierzu unvollständig wiedergegeben wurde. Er habe zum einen festgestellt, dass die Überreste der Feuerwerkskörper aus der Silvesternacht durch das Hochwasser in die Ostsee gespült wurden, jedoch auch angemerkt, dass dieses für die Belastung der Meere mit Plastikpartikeln nachteilig sei. Diese Anmerkung wurde nicht mit veröffentlicht, was einen wahren „Shitstorm“ gegen ihn ausgelöst habe.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 3.3 Anfrage der Ausschussmitglieder Anka Grädner und Nele Hoge (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) bzgl.: sog. Unkrautbekämpfung auf der Wallhalbinsel Vorlage: VO/2018/06619

Herr Senator Schindler teilt mit, dass die schriftlich vorliegende Antwort dem Protokoll beigelegt wird (Anlage I).

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 3.4 Anfrage des AM Kim Nehrhoff FDP zu Wochenmärkten
Vorlage: VO/2018/06682

Herr Senator Schindler teilt mit, dass die schriftlich vorliegende Antwort dem Protokoll beige-fügt wird (Anlage II). Weiterhin weist er darauf hin, dass ein Konzept zur Neuordnung des Wochenmarktes erstellt wird. In dem Zuge wird auch die Gebührensatzung angepasst. Das Konzept wird zu gegebener Zeit mit Politik und Marktbeschickern abgestimmt.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 3.5 Neue Anfragen

**zu 3.5.1 Ausschussmitglied Christoph Evers SPD: Adventsmarkt der Kulturbühne auf
dem Leuchtenfeld**
Vorlage: VO/2019/06986

Ein Zugriff auf die Anfrage in ALLRIS ist nicht möglich.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Anfrage
auf die nächste Sitzung zu vertagen.
(14 Ja-Stimmen)*

**zu 3.5.2 Anfrage des Ausschussmitglieds Heike Wiechmann (Die Unabhängigen):
Promenaden im Bereich Waterfront/Priwall**
Vorlage: VO/2019/06993

Ein Zugriff auf die Anfrage in ALLRIS ist nicht möglich.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Anfrage
auf die nächste Sitzung zu vertagen.
(14 Ja-Stimmen)*

**zu 3.5.3 Anfrage des Ausschussmitglieds Heike Wiechmann (Die Unabhängigen): Ar-
beitskreis Erbpachtinitiative**
Vorlage: VO/2019/06989

Frau Wiechmann gibt Erläuterungen zur Anfrage. Herr Dr. Flasbarth teilt mit, dass die Ar-beitsgruppe noch nicht tätig geworden ist, da die Ergebnisse der noch laufenden Kooperati-onsgespräche abgewartet werden sollen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Quartalsbericht III / 2018 der Gesellschaften und Betriebe der Hansestadt Lübeck - Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2018/06798
---------------	--

Ein Zugriff auf den Bericht in ALLRIS ist nicht möglich.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, den Bericht
auf die nächste Sitzung zu vertagen.
(14 Ja-Stimmen)*

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Ausschluss von Ferienwohnungen und Erhalt von Dauerwohnen) für das Gebiet der Lübecker Altstadt Aufstellungsbeschluss (5.610) Vorlage: VO/2018/06656
---------------	--

Der Vorsitzende erteilt Herrn Brenner als Vertreter der Ferienwohnungsvermieter das Wort. Herr Brenner schildert die für die Vermieter durch die Erhaltungssatzung möglicherweise entstehenden Probleme, z. B. im Hinblick auf die wegfallende Kostendeckung der Finanzierungskosten. Die Vermieter hoffen deshalb auf Bestandsschutz. Frau Kempke bedauert, dass das Thema bisher nicht im Wirtschaftsausschuss diskutiert wurde.

Herr Bresch stellt die Ziele der Erhaltungssatzung dar, welche auch in der Begründung der Vorlage ausführlich erläutert werden. Er weist darauf hin, dass die baupolitischen Sprecher der Fraktionen frühzeitig von der Bauverwaltung umfassend über mögliche Instrumente zur Begrenzung von Ferienwohnungen informiert wurden, bevor ein interfraktioneller Antrag hierzu in die Bürgerschaft am 30.08.2018 eingebracht worden sei. Da der Bauausschuss für den Aufstellungsbeschluss für eine Erhaltungssatzung zuständig sei, habe die Bauverwaltung diesem am 19.11.2018 eine entsprechende Vorlage mit ausführlicher Begründung zur Beschlussfassung vorgelegt. Weiterhin teilt Herr Bresch mit, dass die Satzung erst dann wirkt, wenn sie beschlossen und bekanntgemacht worden sei. Zuvor werde aber noch die Öffentlichkeit beteiligt. In Anwendung der Satzung könnten dann weitere Umwandlungen von Wohnungen in Ferienwohnungen verhindert werden. Bis dahin würden eingehende Anträge zurückgestellt.

Er weist darauf hin, dass aufgrund fehlender Antragstellung und –genehmigung zwar formell nahezu alle in der Lübecker Altstadt vorhandenen ca. 300 Ferienwohnungen unzulässig seien, ein großer Teil (ca. 170) aber Bestandsschutz genieße und diese Ferienwohnungen auch künftig weiter betrieben werden dürfen. Auf die in Gängen und Höfen gelegenen ca. 80 Ferienwohnungen treffe dies jedoch nicht zu, da sie weder planungsrechtlich (aufgrund der Lage in reinen Wohngebieten) noch erhaltungsrechtlich (als gemäß geltender Erhaltungssatzung besonders geschützte Kleinwohnhäuser) genehmigungsfähig waren und somit nicht unter den Bestandsschutz fallen. In diesem Zusammenhang erläutert Herr Bresch, dass Bestandsschutz die juristische Feststellung eines baurechtlichen Zustandes sei und nicht durch politische Gremien beschlossen werden könne.

Eine Frage von Herrn Simon, warum in der Vergangenheit keine Anträge gestellt wurden, wird von Herrn Brenner beantwortet.

Herr Lukas weist darauf hin, dass durch die öffentliche Diskussion zu dieser Thematik ein Imageschaden für die Hansestadt Lübeck als Tourismusdestination entstanden ist.

Eine Frage von Frau Grädner, wie die Zahlen der betroffenen Wohnungen erhoben wurden, beantwortet Herr Bresch.

Zum Thema Bestandsschutz spricht Herr Dr. Flasbarth.

Frau Kempke fragt nach der Möglichkeit einer Duldung und ob die Travemünder Altstadt auch in die Erhaltungssatzung einbezogen werden soll. Hierzu spricht Herr Bresch. Ein Bericht zur Umsetzung des Beschlusses wird der Bürgerschaft noch in der Januar-Sitzung entgegengebracht. Erst nach Abschluss des Verfahrens für die Lübecker Altstadt könne die Bauverwaltung aufgrund des Personalaufwandes frühestens prüfen, ob ggfs. auch für die Travemünder Altstadt und andere Wohngebiete in Travemünde die Aufstellung einer Erhaltungssatzung in Betracht komme.

Eine Frage von Herrn Martens wird von Herrn Bresch beantwortet. Weiterhin spricht Herr Dr. Eymer.

Eine Frage von Herrn Leber wird von Herrn Bresch beantwortet.

Beschlussvorschlag:

1. *Für den im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) umgrenzten Bereich der Lübecker Altstadt wird die Neuaufstellung einer Erhaltungssatzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB beschlossen.*

Ziel der Satzung ist vor allem der Erhalt der auf der Lübecker Altstadtinsel vorhandenen Wohnquartiere in ihrer Wohnfunktion für breite Schichten der Bevölkerung. Durch die Satzung soll insbesondere der zunehmenden Verdrängung des Dauerwohnens durch Ferienwohnungen entgegengewirkt werden.

2. *Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.*
3. *Der Entwurf der Satzung mit zugehöriger Begründung wird für die Dauer eines Monats in der Bauverwaltung öffentlich ausgelegt und in das Internet eingestellt. Parallel werden die von der Satzung betroffenen Träger öffentlicher Belange um Stellungnahme gebeten. Darüber hinaus wird eine öffentliche Erörterungsveranstaltung zu den Zielen der Satzung und zu ihrer Anwendung in der Genehmigungspraxis durchgeführt.*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt die Vorlage zur Kenntnis.*

zu 5.2	Frauenförderplan beim Kurbetrieb Travemünde (KBT) - Fortschreibung des Rahmenplanes Vorlage: VO/2018/06681
---------------	---

Beschlussvorschlag:

Der Bericht und die verbindlichen Zielvorgaben gem. § 11 Abs. 4 des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst (Gleichstellungsgesetz Schleswig-Holstein) werden als Ergänzung des Rahmenplanes zur Frauenförderung der Hansestadt Lübeck beschlossen.

zu 5.3	Spendenannahme einer Geldspende für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital in Höhe von 250.000 EUR der Possehl-Stiftung für die Sanierung des Langhauses des Heiligen-Geist-Hospitals Vorlage: VO/2018/06833
---------------	---

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die mit Schreiben vom 01.10.2018 zugesagte Spende der Possehl-Stiftung für die Sanierung des Langhauses (Teilabschnitt 2C) des Heiligen-Geist-Hospitals an die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital wird angenommen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt dem Hauptausschuss einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(14 Ja-Stimmen)*

zu 6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 6.1	Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27.09.2018 - TOP 5.15 Antrag der CDU-Fraktion - VO/2017/06511: Klare Regelung für den Grünstrand Vorlage: VO/2018/06664
---------------	---

Antrag:

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert den Bürgermeister auf, bis zum November des laufenden Jahres Eckpunkte für ein Konzept mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Grünstrand in Travemünde vorzulegen.

Diese ist in der laufenden Saison dadurch gekennzeichnet, dass auf dem Grünstrand zuletzt häufiger Gruppen dadurch auffallen,

*dass gegrillt wird und / oder Zelte errichtet werden,
dabei anfallender Müll einfach liegengelassen wird,
Passanten und Gäste angrenzender Gastronomie-Betriebe bepöbelt und bedroht werden.*

Dem ist entgegenzuwirken.

Es wird darum gebeten,

- 1) an der Aufstellung des Konzeptes mindestens den Kurbetrieb, das Ordnungsamt und das Polizeirevier in Travemünde zu beteiligen.*
- 2) zu prüfen, ob die Erarbeitung und der Erlass einer eigenen Grünstrand-Satzung erforderlich und geeignet ist, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf der den beschriebenen Mißständen abgeholfen werden kann.*
- 3) zu prüfen, ob im Zusammenhang damit auch die bestehende Strandsatzung anzupassen ist.*

*Der Tagesordnungspunkt wurde bei
Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.*

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit darum, den Sitzungssaal zu verlassen und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil fünf Beschlussvorlagen behandelt worden sind und schließt die Sitzung.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

Lübeck, den 24. Januar 2019

gez. Ulrich Krause

Ulrich Krause
Vorsitzende/r

gez. Heike Blankenburg

Heike Blankenburg
Protokollführung

Aktennotiz Nr. 06

Thema:

Grundlagen der Wildkrautvernichtung auf der Pflasterfläche

Verteiler:

Sven Schindler, Senator
Dirk Gerdes, KWL

Edgar Manske, KWL
Henry Otto, KWL

Nadine Severos, KWL

Anlass

In einer der vergangenen Sitzungen des Wirtschaftsausschusses der Hansestadt Lübeck wurde die Frage gestellt, aus welchen Gründen die Wildkrautvernichtung mit dem Einsatz von Feuer stattfindet und nicht gejätet wird.

Abwägung der Varianten zur Wildkrautbekämpfung nach den Kriterien der Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit

- Unter Fachleuten gilt als nachhaltigste und umweltfreundlichste Wildkrautbekämpfung das *Jäten per Kratzwerkzeug und Hand*. Allerdings bedeutet diese Variante auch den größten Aufwand an Arbeitszeit und kommt deswegen aus wirtschaftlichen Gründen in gewerblich betriebenen Objekten nicht zum Einsatz.
- Als nächste Variante hinsichtlich der o.g. Kriterien gilt der Einsatz eines *Heißwasserstrahlers* (sog. *Heatweed Technology*). Ein Dienstleister mit dieser Technik ließ sich in der Region bislang nicht ausfindig machen. Die Höhe der Kosten lässt sich nicht bewerten.
- Der Einsatz von *Giften* ist bekanntlich gesetzlich verboten. Hierzu zählt auch der Einsatz von Essig und Kochsalz, welcher noch als sog. Altes Hausmittel geläufig ist.
- Ein *Vorbeugen* von Wildkrautentwicklung, wie es im Gartenbau Anwendung findet, ist aufgrund der Kopfsteinpflasterstruktur nicht möglich.
- Ein *Wachsen-Lassen* des Wildkrauts schließt sich aus Gründen der Verkehrssicherheit hinsichtlich der Rutschsicherheit der Flächen aus, so dass ästhetische Aspekte nicht erörtert werden müssen.
- Es verbleibt die Anwendung des *Wildkraut-Brennens*. Dabei werden zwar fossile Energieträger verbrannt und CO₂ erzeugt, in der Abwägung der Aspekte der Giftfreiheit und der Nachhaltigkeit und nicht zuletzt der Wirtschaftlichkeit erscheint uns diese Vorgehensweise jedoch als die vernünftigste.

Mit der Ausführung des Wildkraut-Brennens werden je nach Erfordernis die Marli-Werkstätten beauftragt, so dass im Weiteren auch der Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung unterstützt wird. Gesetze und Verordnungen zum Vergaberecht werden eingehalten.

Vorschläge und Ideen zu anderen Vorgehensweisen zur Wildkrautbekämpfung werden mit Interesse angenommen und auf Eignung zum Einsatz nach oben geschilderten Kriterien geprüft.

Hauke Guttenberg
Bereichsleitung

Von: Csösz, Piroska

An: Blankenburg, Heike

Betreff: WG: VO/2018/06682 Antwort Frau Nehrhoff zu Wochenmärkten

Hallo Frau Blankenburg,
anliegend die Beantwortung der o.g. Anfrage fürs Protokoll:

Einleitend die Info: Zahlen aus dem Jahr 2007 liegen nicht mehr vor (Ablauf der Aufbewahrungsfrist). Bei dem Lübecker Wochenmarkt handelt es sich nicht um mehrere Wochenmärkte, wie fälschlich in der Anfrage genannt, sondern um einen Wochenmarkt mit 11 Standorten und insgesamt 16 Marktveranstaltungen. Drei Standorte haben nur einen Händlerbesatz von 2-5 Händlern pro Markttag. Nicht jeder Standort liegt im Verwaltungsvermögen von Wirtschaft und Liegenschaften.

Im Laufe des Jahres 2019 wird ein zeitgemäßes Marktkonzept erstellt, die Anpassung der Gebühren soll im Zuge dessen erfolgen.

1. Wie hoch war die Anzahl der Wochenmarktbesucher in den Jahren 2007, 2012, 2014 und 2017?

Antwort: Die Frage kann mit vertretbarem Aufwand durch die Verwaltung nicht beantwortet werden. 280 liegt eine Liste mit 99 Händler/innen vor (Tageshändler inkl., Stand 2014)

2. Wie hoch waren die vereinnahmten Standgebühren insgesamt und je Markt in den Jahren 2007, 2012, 2014, 2017?

Antwort: Es handelt sich um einen Markt; die einzelnen Standorte werden nicht gesondert berechnet: daher 2012: 240.000 €

2014: 183.000 €

2017: 202.000 €

3. Wie hoch waren die Investitionen je Wochenmarkt in den letzten 10 Jahren?

Antwort: Die Investitionen auf den beiden Plätzen Broiling und Brink lagen in den letzten 10 Jahren bei 220.000 €.

4. Wie sieht die differenzierte Darstellung der laufenden Betriebskosten je Wochenmarkt in den Jahren 2007, 2012, 2014, 2017 aus?

Antwort: Die Frage kann mit vertretbarem Aufwand durch die Verwaltung nicht beantwortet werden.

5. Auf welcher Grundlage werden die Standgebühren kalkuliert?

Antwort: Grundlage ist die gültige Verwaltungsgebührensatzung. Grundsätzlich werden Gebühren auf Grundlage der Jahresergebnisse und mit den Personal- und Sachkosten für kalkuliert.

6. Sofern man die eingenommenen Standgebühren den Ausgaben für die Wochenmärkte gegenüber stellt, ergibt sich dann für die Jahre 2007, 2012, 2014, 2017 eine Kostendeckung, eine positive oder negative Bilanz?

Antwort: Bilanzen sind immer ausgeglichen. Vermutlich ist das Jahresergebnis gemeint. Dieses beläuft sich 2012: -18.000 €

2014: -93.000 €

2017: -128.000 €

7. Wie werden die jeweiligen Wochenmarktplätze außerhalb der Marktzeiten genutzt?

Antwort: Brink teils als Parkplatz, ebenso die anderen Standorte; Broilingplatz und Markt gelegentlich für Veranstaltungen.

8. Wie viele der Wochenmarktbesucher kommen aus Lübeck, wie viele aus dem Umland?

Antwort: Gem. unter 1.) genannter Liste sind 40% Lübecker, 60% Umland

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Piroska Csösz

Bereichsleitung Wirtschaft und Liegenschaften